

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe**

14. Sitzung  
9. November 2022

Beginn: 14.08 Uhr  
Schluss: 16.52 Uhr  
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Sachstand Corona-Regeln und Hilfen**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)  
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)  
**Sachstand der Energieeinsparungsbemühungen des**  
**Landes Berlin sowie der Auswirkungen der sich**  
**zuspitzenden Energiekrise auf die Berliner**  
**Unternehmen und die landeseigenen Betriebe**  
(auf Antrag aller Fraktionen) WiEnBe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0087](#)  
**Energieversorgungssicherheit in der Region Berlin-**  
**Brandenburg**  
(auf Antrag aller Fraktionen) WiEnBe

#### Hierzu: Anhörung

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Es gibt dann weitere Anträge, die ich jetzt in Absprache mit den Sprecherinnen und Sprechern aus der letzten Runde hier aufgenommen habe, die jetzt alle auf der Tagesordnung stehen, ich gehe aber davon aus – das müssten die Kollegen von CDU und AfD allerdings hier noch mal bestätigen –, dass wir im Anschluss an die Anhörung die Anträge einzeln aufrufen und dann darüber abstimmen. – Die AfD nickt. CDU? – Sieht das auch so. Okay! Dann machen wir das so. Dann führe ich die Punkte 3 c bis g jetzt noch nicht auf.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3 b zurück. Wir haben einvernehmlich eine Anhörung vereinbart. Als Anzuhörende begrüße ich Herrn Frithjof Engelke, Vorsitzender Obmann der Regionalgruppe Ost, UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. – herzlich willkommen hier! –, Herrn Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der GASAG AG – auch Ihnen ein herzliches Willkommen! –, Herrn Stefan Kapferer, Vorsitzender der Geschäftsführung, CEO, 50Hertz Transmission GmbH – herzlich willkommen! – und Herrn Wolfgang Neldner, Geschäftsleiter, Landesbetrieb Berlin Energie. Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass gemäß § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung wieder ein Wortprotokoll erstellt werden soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das der Fall. Dann kommen wir zuerst zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 b. Wer würde das übernehmen? – Ist anscheinend nicht gewünscht. Dann können wir natürlich auch darauf verzichten. Dann kommen wir gleich zur Anhörung. Ich würde das in alphabetischer Reihenfolge machen und Sie bitten, dass Sie ein Eingangsstatement von ungefähr fünf bis sieben Minuten machen, bitte nicht viel länger, da wir noch einiges zu beschließen und zu behandeln haben und auch eine Diskussion mit Ihnen führen wollen. – Herr Engelke, dann haben Sie als Erster das Wort. – Bitte sehr!

**Frithjof Engelke** (UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V.): Zunächst vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Frithjof Engelke, ich vertrete hier heute die UNITI als Zuständige für den Wärmemarkt in der Region Ost. Ich will ganz kurz Bericht erstatten über den Wärmemarkt, was feste Brennstoffe und die Versorgung mit flüssigen Brennstoffen und Kraftstoffen betrifft. Wir haben in den letzten Monaten sehr viel Bewegung auf den Märkten. Die festen Brennstoffe sind knapp. Es kommt nicht genügend Nachschub, es kann nicht genug produziert werden. Das hat zwei Gründe: Zum einen gibt es nur

noch einen einzigen Produzenten, der das mit seiner vollen Auslastung zwar normalerweise packen würde, aber dieses Jahr kam es im Sommer zu Panikkäufen durch Kunden, die normalerweise mit Gas heizen, und dadurch ist der Markt um rund 40 Prozent gestiegen, und diese Nachfrage kann nicht gedeckt werden, sodass wahrscheinlich deutschlandweit 140 000 bis 160 000 Tonnen an festen Brennstoffen fehlen werden. Der Hersteller und auch die Händler haben versucht, auf diese Situation zu reagieren, indem jetzt erst mal nur noch geringe Mengen an die Kunden abgegeben werden, sodass man kontinuierlich jedem ein bisschen was gibt, und wir hoffen, dass wir so die Kunden alle warm über den Winter bringen. Aber eine endgültige Aussage kann man dazu noch nicht treffen.

Beim Heizöl und den Kraftstoffen sieht es im Moment so aus, dass der Großteil der Privatkunden schon den Wintervorrat in den Tanks hat. Von daher sind die eigentlich auf der sicheren Seite, auch wenn es wahnsinnig viel Geld gekostet hat. Wie es mit einer Nachversorgung aussieht, wenn das Ölembargo kommt, ist schwierig abzuschätzen. Die Befürchtung ist, dass über die Wege aus Rostock und über Danzig nur maximal 70 bis 80 Prozent der Kapazität in Schwedt genutzt werden können, und das würde bedeuten, dass pro Tag 20 000 bis 25 000 Tonnen Kraftstoffe und Heizöl fehlen. Das entspräche ungefähr acht Binnenschiffen oder über 1 000 Lkw-Ladungen, die wir dann zu wenig hätten in der Region. Im Moment ist es schon so, dass Heizöl und Diesel in einem relativ hohen Konkurrenzkampf stehen, weil die Produkte sehr ähnlich sind, und dass es da im Winter, wenn es wirklich kalt wird, zu einer schwierigen Verknappung kommen könnte, was die Preise noch mal kräftig in die Höhe treiben könnte, aber man weiß es halt nicht.

Wenn es an Tankstellen vereinzelt zu Nachschubproblemen kommt, sodass einige Kraftstoffe leerlaufen, besteht auch die Befürchtung, dass es wieder zu Panikkäufen kommen könnte bzw. dass wir nachher den „Klopapiereffekt“ haben, dass die Leute alle zur Tankstelle fahren, obwohl sie gar nicht unbedingt tanken müssten, und dann die Knappheit noch künstlich verschärfen. Damit wäre die Logistik völlig überfordert, und eine solche Situation kann im Winter nicht wieder aufgefangen werden. Wir machen das seit 100 Jahren, und das ist das erste Mal, dass ich hoffe, dass es einen warmen Winter gibt. – Das erst mal so vorab. Danke schön!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Engelke, für Ihre Einführung! – Dann, Herr Friedrichs, haben Sie das Wort. Bitte sehr!

**Georg Friedrichs (GASAG):** Herzlichen Dank! – Guten Tag auch von meiner Seite! Vielleicht kann man vorab zusammenfassend sagen, dass sich die physische Lage mit Blick auf das Erdgas ein bisschen besser anfühlt als vor einigen Wochen und vielleicht auch besser als beim letzten Mal, als ich hier war. Trotzdem gibt es noch keinen Grund und keinen Anlass für eine echte Entspannung. Wir haben nach wie vor die Alarmstufe, die gilt im Notfallmanagement Gas, und es gibt auch ehrlicherweise noch nicht besonders viele Gründe, das zu ändern. Trotzdem ist die Gasversorgung aktuell in Berlin und eigentlich in ganz Deutschland stabil. Wir haben einen guten Stand, wenn es um die klassische Versorgungssicherheit mit Erdgas geht. Das kann man, glaube ich, heute so sagen. Dafür gibt es einiges an Gründen. Das eine ist das extrem gute Wetter in den letzten Wochen. Es gab im September mal ein, zwei kalte Wochen, aber seitdem ist die Temperatur deutlich zu hoch, muss man sagen. Da kann man, wenn man ein bisschen anders draufguckt, auch ein bisschen sorgenvoll draufgucken, aber wir haben im Oktober Abweichungen von der durchschnittlichen Normaltemperatur von bis

zu 3 Grad gesehen. Das hilft uns, wenn es um die Versorgungssicherheit geht, aber das ist natürlich ein etwas merkwürdiger Zustand, in dem wir sind.

Gut sind auch die Füllstände der Speicher. Das werden Sie wissen, das geht durch die Medien, das kann man bei der Bundesnetzagentur nachschauen. Wir liegen so bei 99,5 Prozent. Das ist ein fast nicht zu erwartender Stand, wenn man die Aufgabe Anfang des Jahres gesehen hat, also sehr gut. Auch hier spielt die gute Witterung eine Rolle. Selbst der große Speicher Rehden in Niedersachsen, der immer ein bisschen das Sorgenkind war, ist zu deutlich über 90 Prozent gefüllt. Das hilft für diesen Winter. Unsere Sorgen mit Blick auf den kommenden Winter haben sich nicht verflüchtigt, sind aber etwas weniger geworden.

Trotzdem muss man auf zwei Sachen deutlich hinweisen. Diese eher stabilere Lage beruht auf einigen Prämissen, und die müssen auch kommen, damit diese Lage so bleibt. Das eine ist: Bei allen Szenarien, bei all der Beruhigung, die auch im politischen Raum vielleicht gerade herrscht, gehen wir immer davon aus, dass wir in diesem Land circa 20 Prozent an Erdgas im Vergleich zum Vorjahr einsparen, und der Beweis steht noch aus. Ich komme gleich dazu, wie es in Berlin aussieht. Das Zweite ist: Wir unterstellen, dass wir LNG-Terminals operativ hinbekommen, und zwar noch in diesem Jahr, und zwar drei Stück, eins in Brunsbüttel, eins in Wilhelmshaven und jetzt auch noch eins in Lubmin. Die arbeiten noch nicht. Es sieht gut aus, es gibt hier keinen Grund zu besonderer Sorge, aber auch das muss erst noch passieren, damit auch dann, wenn es in ganz Europa kalt wird und wir uns nicht so sicher sein können, die LNG-Mengen, die zurzeit durch Transferländer nach Deutschland fließen, bei uns ankommen.

Aber wenn man mal unterstellt, dass wir das hinkriegen, kann man heute sagen, dann ist der kommende Winter weniger sorgenvoll, als wir es noch vor zwei, drei Monaten gesehen haben.

Wie sieht es in Berlin aus? – Da haben wir erste Daten. Auch da gibt es leicht positive Signale, vor allem mit Blick auf das tatsächliche Verbrauchsverhalten. Wir haben den September gemessen. Da kann man noch nicht viel ableiten, weil der September sehr untypisch und auch kein Heizmonat ist. Oktober ist der Einstieg in die Heizsaison. Da kann man schon ein bisschen besser vergleichen. Die Verbrauchswerte sind nicht so einfach zu greifen, wie man es sich wünscht. Wir können jetzt also nicht sagen: Wie viel haben die Haushalte gespart? Wie viel hat das Gewerbe gespart? Wir können sagen, wie viel in den klassischen Verbrauchssegmenten weniger verbraucht worden ist als im letzten Jahr. Das sind die Standardlastprofile, dieses Segment. Da finden wir die Haushaltskunden. Da finden wir aber auch kleinere Gewerbekunden, wo wir vielleicht konjunkturbedingte Themen bilden und wo wir natürlich auch andere Sparverhalten sehen, was nicht auf das klassische Sparen im engeren Sinne, sondern darauf zurückzuführen ist, dass jemand sein Gewerbe aufgegeben hat oder weniger produziert. Trotzdem kann man sagen, dass wir hier temperaturbereinigt einen erheblichen Einsparereffekt sehen, um die 15 Prozent in dem Segment, wobei wir nicht genau wissen, ob das Einsparungen im privaten Haushalt sind oder ob es im Wesentlichen Einsparungen im Kleingewerbe sind. Und noch einmal: Man muss auch sagen, der Oktober war zu warm, um eine richtig gute Vergleichsbasis zu haben. Man muss das weiter beobachten. Dann muss man auch sagen: In Summe mit dem Temperatureffekt, den wir auch hatten, kommen wir auf die erforderlichen 20 Prozent, soweit wir das sehen können, in diesem Segment, aber wenn es mal kalt wird, wird es anders. Temperaturbereinigt, wie gesagt, liegen wir noch unter den 20 Prozent, die wir haben müssen. Es gibt hier also keinen Anlass, die Anstrengungen einzusparen.

Ein zweites positives Signal, das ich an der Stelle auch noch mal sehr bewusst senden möchte, ist: Die vergangenen Monate haben die Berliner Infrastrukturbetreiber gut genutzt, gemeinsam mit dem Senat, in einem guten Dialog. Wir haben eine andere Form des Austausches und der Zusammenarbeit gefunden, die mich ganz zuversichtlich stimmt, auch wenn es ernster würde und wir in die Situation kommen, in der wir ernsthaft Energiemangel verwalten müssen, dass man die Stadt gut verwaltet bekommt, also das Zusammenspiel zwischen Fernwärmenetzbetreibern, dem Stromnetz und dem Gasnetz ist nicht ganz banal. Wenn man das aber gut macht, kann man viel Schaden abwenden. Ich glaube, die Regierende Bürgermeisterin hat das in der Presse auch schon mal angedeutet, wie man so etwas machen kann. Ich kann an der Stelle nur sagen: Es ist kein wirklich öffentliches Thema, aber eine gute Zusammenarbeit, die sich nicht auf Wettbewerb stützt, sondern auf das gemeinsame Ziel der Versorgungssicherheit.

Vielleicht noch zwei Sätze: Was macht die Situation mit den Kundinnen und Kunden, mit den Bürgerinnen und Bürgern, die vor der Situation stehen, dass sie es mit einem ganz anderen, deutlich höherem Preisniveau zu tun haben? – Da erleben wir extrem viel Nervosität und Unsicherheit. Wir haben ein bisschen Entlastung an der Stelle dadurch, dass wir, zumindest politisch angekündigt, einen Gaspreis- und Strompreisdeckel haben, umgesetzt ist das alles noch nicht, aber die Nervosität bleibt. Es ist auch fair zu sagen, dass die Preisentwicklung noch nicht voll angekommen ist bei den Kundinnen und Kunden. Wir haben ein bisschen Aufregung in der Presse gehabt, Einzelfälle gehört und gelesen, wo sich Energierechnungen vervier-, verfünf- und verachtacht haben. Das ist noch nicht der Stand, auf dem wir sind, um das

noch mal einzuordnen. Die Grundversorgung in Berlin kommt von dem Niveau der Grundversorgung Gas. Der Arbeitspreis in Cent für eine Kilowattstunde Gas lag früher, Ende 2021, bei 7,1 Cent, jetzt liegt er bei 10,5 Cent. Das ist dann schon nach der Mehrwertsteuersenkung. Wir haben ein paar Prozent herausgenommen. Wenn man das jetzt mal so sieht, haben wir eine Preissteigerung in der Grundversorgung im letzten Jahr von 46 Prozent. Das ist hart. Das ist für viele auch schon zu hart, aber es ist noch nicht ganz das Niveau, das man im Kopf hat, wenn man über die zu erwartenden Preissteigerungen nachdenkt und redet. Der Trend ist aber auch noch nicht zu Ende. Wir reden immer noch über Preisstellungen, die auf Basis von früh beschafften Gas- und Energiemengen stattfinden, und das hohe Preisniveau des letzten Jahres, des laufenden Jahres wird sich hier wiederfinden.

Da hilft es übrigens auch nichts, dass die Preise deutlich gesunken sind am Gasmarkt. Wir haben jetzt wieder Preisniveaus, die zum Teil wieder auf der Hälfte dessen liegen, was wir an der Spitze gesehen haben im August dieses Jahres. Die Preisniveaus, die wir sehen, deutlich entspannt, liegen immer noch ungefähr vier- bis fünfmal so hoch wie das, was wir vor anderthalb Jahren gesehen haben und was unser Preisgefühl für Gas und Strom geprägt hat. Diese Preise werden nach und nach in den Endkundenpreisen ankommen, das heißt, die echten Preisniveaus auf Basis dessen, was der Markt hergibt, liegen deutlich über dem, das muss man jetzt schon mal sagen, was durch die Politik im Rahmen der Strom- und Gaspreisbremse festgelegt wird.

Vielleicht noch einen letzten Punkt, auch für die Diskussion: Diese Preissteigerungen treffen deutlich stärker und härter alle gewerblichen Kunden, also die, die nicht in den langfristig beschafften Segmenten unterwegs sind. Also immer derjenige, diejenige, die Gas beschafft für ein Gewerbe, mit Blick nach vorne, kauft zu heutigen Preisen ein, und das, was dann angeboten wird, wird auch zu heutigen Preisen angeboten. Das führt dazu, dass wir in dem Segment Mehrfachfaktoren sehen im Verhältnis zu dem, was ich früher für Energie zahlen musste und was ich jetzt vielleicht zahlen muss. Deswegen ist auch hier die Gaspreisbremse unser Hauptthema, aber auch die Strompreisbremse ist extrem wichtig. Die muss zügig kommen, denn es gibt dort häufig wenig Puffer. Das sehen wir in den Dialogen mit unseren Kundinnen und Kunden, also zügige Entlastung im Gewerbe, für Überbrückungszeiträume zumindest, ist ein wichtiger Punkt.

Fazit: Leichte Entspannung der Lage, nach wie vor hoher Handlungsdruck, insbesondere beim Gewerbe. Dann darf man auch nicht vergessen, dass wir nicht nur diesen Winter überstehen müssen, sondern auch noch den nächsten und übernächsten, denn es gibt keine Veränderung im System, die kurzfristig Veränderungen der Energieströme herbeiführen würde. Das wird auch ein verstärkter Ausbau der Erneuerbaren, der sich jetzt als politischer Wille ausspricht, nicht abbilden können. Hier reden wir immer über bestenfalls mittelfristige Effekte. Kurzfristig werden wir noch einige Zeit mit der aktuellen Situation zu tun haben. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Friedrichs! – Dann, Herr Kapferer, sind Sie der Nächste. – Bitte sehr!

**Stefan Kapferer** (50Hertz Transmission GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir bei 50Hertz als Übertragungsnetzbetreiber, zuständig, wie Sie wissen, für Ostdeutschland und Hamburg, sind gemeinsam mit den anderen drei

Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland dafür verantwortlich, dass der Strom, der in Deutschland oder außerhalb Deutschlands erzeugt wird, an jedem Ort in Deutschland auch zur Verfügung steht und dass dieses auch zu jeder Stunde des Jahres möglich ist. Wir sind natürlich in den letzten Wochen insbesondere dadurch in diesem Prozess gefragt gewesen, weil wir den berühmten Stresstest gerechnet haben. Ich würde Ihnen gerne gleich ein Update geben zu der Lage der Kriterien, die wir beim Stresstest zugrunde gelegt haben. Berlin ist traditionell Stromimportbundesland. Der Verbrauch von Strom ist deutlich höher als die innerhalb Berlins erzeugte Strommenge. Deswegen ist es ein völlig normaler Sachverhalt, dass wir den Strom von außerhalb Berlins nach Berlin transportieren und dort an die Kollegen von der Stromnetz Berlin übergeben, der hier in der Stadt benötigt wird. Da hat sich aber zu früheren Zeiträumen nicht so wahnsinnig viel verändert. Trotzdem sollte man natürlich im Blick haben, dass ein weiterer Rückbau der konventionellen Versorgung und die Frage, wie schnell man erneuerbare Potenziale in Berlin selbst zubaut, es für die nächsten Jahre spannend macht: Wie hoch ist der Importbedarf nach Berlin derzeit? – Etwa 5 Terawattstunden im Jahr, die dorthin transferiert werden müssen. Die Kapazitäten sind natürlich netzseitig vorhanden und stellen insofern für das kommende Jahr oder für den kommenden Winter keinen Engpass dar.

Wie Sie wissen, war der Auslöser des Stresstests die schlechte Situation der französischen Atomkraftwerke. Was in der Öffentlichkeit häufig ausgeblendet wird, ist, dass auch in anderen europäischen Ländern die Stromerzeugung eher am unteren Ende der aus früheren Jahren gewohnten Erzeugungsmengen liegt. Das gilt zum Beispiel für die polnischen Kollegen als Nachbarn, die aufgrund eines Nicht-mehr-Imports von russischer Kohle in ihren Kohlekraftwerken eben auch weniger Erzeugungskapazitäten zur Verfügung haben. Das gilt auch für die skandinavischen Länder, die für uns traditionell natürlich wichtig sind, weil es ein relativ trockener Sommer war und insofern die Erzeugung geringer ausfiel. Wir haben im Stresstest verschiedene Faktoren, wie Sie wissen, zugrunde gelegt und festgestellt, dass eine Lastunterdeckung, also die Frage: Können wir zu jeder Stunde des Jahres 2023 die Lastnachfrage in Deutschland sicher decken? – normalerweise nicht zu erwarten ist. Wir haben aber auch festgestellt, dass wir ein Problem, was die Frage des Transports des vorhandenen Stroms an jeden Standort in Deutschland angeht, bekommen könnten. Traditionell ist das natürlich für die Stadt Berlin und das Land Brandenburg kein Thema, weil, wie Sie wissen, die Engpässe im Übertragungsnetz in Deutschland auf den Nord-Süd-Achsen liegen und südlich von Berlin und Brandenburg zu Hause sind. Das sind also Themen, die insbesondere die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bayern betreffen. Für Berlin sind die Bottlenecks im Stromnetz im Normalfall keine Herausforderung.

Trotzdem macht es natürlich Sinn, sich anzuschauen: Wie hat sich die Frage der einzelnen Kriterien entwickelt? – Ich will das kurz für Sie rekapitulieren: Wir hatten in unseren Empfehlungen verschiedene Punkte aufgelistet, zum einen den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Atomkraftwerke bis April 2023. Darauf hat sich, wie Sie wissen, die Bundesregierung inzwischen festgelegt. – Wir hatten, zweitens, dafür geworben, aus den vorhandenen Reserven konventioneller Kraftwerke – Sie kennen am ehesten wahrscheinlich den Sachverhalt in Jänschwalde mit den beiden Braunkohleblöcken, die dort in der Sicherheitsbereitschaft waren und normalerweise jetzt zum Ende Oktober aus dem System ausgeschieden wären –, dass man solche Kraftwerke zurück in den Markt holt, um mehr Erzeugungskapazität zur Verfügung zu haben. Das ist sowohl auf der Steinkohleseite als auch auf der Braunkohleseite passiert. Wir haben da inzwischen eine sehr positive Entwicklung.

Wir haben, drittens, gesagt, wir müssen die Auslastung des Übertragungsnetzes versuchen zu optimieren, also höher auszulasten, um genau diese Engpässe zu bekämpfen, die ich eben beschrieben habe. Auch dazu hat es verschiedene Verabredungen zwischen der Bundesregierung und den Übertragungsnetzbetreibern gegeben, die inzwischen umgesetzt worden sind, sodass wir jetzt auch eine Höherauslastung hinbekommen. – Wir haben, viertens, dafür geworben, dass wir für den Fall, dass es knapp wird, was die Lastabdeckung angeht, gezielt mit großen Stromkunden auch in den Austausch treten können und gezielt Last vom Netz nehmen. Es ist logisch, wenn Sie feststellen, dass Sie am nächsten Tag nicht ausreichend Erzeugungskapazitäten zur Verfügung haben, weil sich vielleicht eine Flaute abzeichnet für die Zeit zwischen 12 und 18 Uhr und außerdem der Himmel bedeckt ist, aber gleichzeitig ein Werktag ist und die Industrie produziert, dann kann es natürlich Sinn machen, zum Beispiel mit den Stahlwerken in Brandenburg oder in Hamburg zu sprechen und darüber zu reden, ob man in diesem Zeitraum die Produktion drosselt, entsprechend zurückfährt und damit dann auch weniger Strom verbraucht. Auch da sind wir inzwischen gemeinsam mit den großen Lastkunden und dem Bundeswirtschaftsministerium auf gutem Weg, sodass sich in allen von mir geschilderten Kriterien eine verbesserte Situation abzeichnet mit einer Ausnahme: die französischen Atomkraftwerke. Da hat sich die Lage eher weiter verschlechtert, als dass sie sich verbessert hat. Da kann man sich insoweit etwas beruhigen, als es natürlich eine physische Oberkapazität der Interkonnektoren zwischen Deutschland und Frankreich gibt. Es gibt irgendwann den Zeitpunkt, da können Sie nicht mehr Strom nach Frankreich exportieren, weil die Leitungen ausgelastet sind. Diesen Satz haben wir auch in den Berechnungen zugrunde gelegt, sodass, wenn es noch zu schwierigeren Lagen in den französischen Atomkraftwerken käme, das nicht noch mal automatisch eine verschlechterte Lage für Deutschland bedeuten würde.

Trotzdem gilt das, was die beiden Kollegen auch schon gesagt haben, auch natürlich von der Stromseite her. Die zwei Dinge, die wir uns gemeinsam wünschen sollten, wären: ein weiterhin milder Verlauf des Winters. In Südeuropa wird traditionell häufiger mit Strom Wärme erzeugt, als es bei uns der Fall ist, und sofort, wenn es kalt wird, steigt in Frankreich noch mal die Stromnachfrage. Das wissen Sie, und das gilt auch für andere südliche Länder. Wenn es also mild bleibt, hilft uns das logischerweise auf der Verbrauchsseite. – Zweitens gilt auch natürlichem Stromsystem weiterhin der Appell, sparsam mit dem Produkt Strom umzugehen, denn schon bei einer Reduktion im Stromsystem von 5 oder 7 Prozent können wir mit deutlich geringeren Werten als den Werten, die der Kollege Friedrichs gerade für die Gasseite genannt hat, erfolgreich sein. Schon eine Reduktion von 5 oder 7 Prozent bringt eine massive Entlastung auf der Stromnetzseite. Insofern würde ich mich der Botschaft anschließen. Wir sehen eine Entspannung auf der Situationsseite, aber es ist natürlich noch viel zu früh zu sagen: Es kommt keine kritische Lage in diesem Winter auf. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen! – Dann, Herr Neldner, haben Sie das Wort. – Bitte sehr!

**Wolfgang Neldner** (Landesbetrieb Berlin Energie): Ganz herzlichen Dank für die Einladung! – Ich spreche hier auf der einen Seite als Geschäftsleiter des Landesbetriebes, des Eigenbetriebes, der Netz und Service GmbH, aber auch als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Stromnetz und Vorsitzender der Geschäftsführung der Berlin Energie und Netzholding von Berlin. Von den Vorrednern ist schon sehr viel Grundsätzliches gesagt worden. Auch wir unterscheiden drei Szenarien mit Schwerpunkt Elektrizität. Herr Friedrichs hat zu Gas schon einiges gesagt. Das ist die eine Situation. Ganz klar haben wir genug Elektrizität

aus der Verbundebene. Herr Stefan Kapferer hat dazu gesprochen. Dem kann ich nur zustimmen, auch aus meinen Erfahrungen und meinen Kontakten, die ich nach wie vor habe. Gut und gern ergänze ich, da es heute hier um Berlin und Brandenburg geht, dass nach den Informationen, die ich von Brandenburg habe, aber auch bestätigt von 50Hertz, wir Jänschwalde wieder komplett am Netz haben. Das ist natürlich eine unmittelbare Unterstützung und stützt voll das, was Stefan Kapferer eben erläutert hat. 3 000 Megawattstunden haben oder nicht haben, das ist schon ein Unterschied. Das klappt mittlerweile auch sehr stabil. Ich würde also die Einschätzung teilen, was die Elektrizitätsversorgung aus dem Verbundnetz betrifft.

Wir haben ein zweites großes Bildszenario. Das ergibt sich durch die lastbasierten und kundenindizierten Verlagerungen, wenn wir nicht genug Gas – Herr Friedrichs ging darauf ein – oder Wärme hätten. Die Dimension ist erheblich, denn die Wärmenachfrage oder der Wärmehunger von Berlin liegt bei weit über 30 Terawattstunden. Das Stromnetz von Berlin ist für 12 Terawattstunden ausgelegt, und es gehört jetzt nicht viel Mathematik dazu, um zu verstehen, dass eine komplette Kompensation der heutigen Wärmenachfrage von Berlin, und da war ich noch gar nicht bei der Kompensation der Gasnachfrage, die muss man dazu rechnen, wenn beides wegfiel, durch das Stromnetz nicht ginge. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, und insofern bereiten wir uns auf diese Logik, also mehr Elektrizitätsnachfrage von unten im Gegensatz zu der eben geschilderten Elektrizitätsversorgung von oben, um bei diesen einfachen Bildern zu bleiben, vor. Systemologen gehen so ran. Ich bin gelernter Kybernetiker. Da versucht man, mit einfachen Bildern zu arbeiten. Diese Logik ist schwierig, denn wir haben natürlich in Berlin an vielen Stellen sowohl das Wärmenetz als auch das Gasnetz. Wir haben Gott sei Dank auch Stellen, da haben wir nur das Stromnetz. Da kann logischerweise nichts substituiert werden. Die Verlagerungen würden – – Wir haben mal pro Haushalt mit 2 000 Watt gerechnet. Wer die Augen aufmacht im Baumarkt, weiß, es wird bei 4 000 Watt angefangen zu verkaufen. Da gibt es mittlerweile Monstermaschinen, und die gehen weg wie warme Semmeln. Das ist nur der Haushaltsbereich. Interessant ist vor allen Dingen der Industriebereich, der sich ebenfalls abdecken muss, Pharmazie usw., die für die Produktionsketten dann natürlich auch Wärme suchen würden. Also genau diesen Bereich müssen wir auch abdecken.

Es ist in Übereinstimmung mit den Verordnungen der EU und den entsprechenden Gesetzen klar, dass hier nicht der Weg gegangen wird, dass wir warten würden, bis die Sicherungen ansprechen und wir dann in einen unkontrollierten Zustand kämen, in ein Chaos, und wir schon gar nicht darauf warten, dass die Betriebsmittel überlastet werden, sondern wir würden für diesen Fall präventiv von einer rollierenden Ab- und Zuschaltung ausgehen. Ich habe mich gerade spaßeshalber noch mal schlau gemacht, wie das in anderen Krisenzeiten war. Nach dem Krieg ist das für Berlin sehr gut dokumentiert. Da hat man genau diese Verfahren angewendet. In Frankreich – Stefan Kapferer hat es kurz angedeutet – wird genau dieses Verfahren jetzt unmittelbar vorbereitet. Also eine rollierende Ab- und Zuschaltung, temporär natürlich, für wenige Stunden, schützt das Gesamtsystem als die Hauptforderung und ist natürlich ein Problem, aber sie ist auch das letzte Mittel.

Sie wäre das allerletzte Mittel, denn auch da kann ich die Vorredner noch mal ganz klar bekräftigen, unterstützen und bestätigen. Der Weg, bis wir zu einer Ausfalllage kommen, ist sehr weit. Es würde immer erst probiert werden, durch entsprechende zusätzliche Energien gegenzusteuern oder durch Abschaltungen bei Großverbrauchern. Man muss gegenüber anderen Krisen hervorheben, und ich hebe das ganz bewusst hervor: Wir haben in der Energiewirt-

schaft den großen Vorteil, dass gesetzlich – Herr Friedrichs hat es ausgeführt –, aber auch praktisch ganz klar definiert ist: Wer ist der handelnde Akteur? – Das ist ganz klar der Ferngasbetreiber mit dem Verteilungsnetzbetreiber zusammen bei Gas und der Übertragungsnetzbetreiber mit dem Verteilungsnetzbetreiber bei Strom. Die stehen fest. Die Werkzeuge, die verwendet werden, auch das ist genau definiert, sind eine lange Kette. Da kommen solche Abschaltungen ganz am Schluss, und diese irrsinnigen Diskussionen über Blackouts kommen ganz hinten. Das Wort müsste man glatt verbieten. Dieser Unsinn ist wirklich unsäglich. Aber, und auch das ist wichtig und wird gern vergessen, wir haben im Gesetz und im praktischen Handeln zwischen uns, das bestätige ich ausdrücklich, gerade hier in Berlin klappt das sehr gut, genaue Grenzwerte sowohl bei Gas als auch bei Strom, an denen wir festmachen können: Sind wir noch im Normalzustand? Sind wir schon im Stress, oder sind wir schon in der Störung? Das ist also auch eine exzellente Situation, die ich Sie bitte als Beruhigung mitzunehmen, und zwar als wirkliche Beruhigung.

Schließlich, gestatten Sie mir als jemand, der mehr als 40 Jahre in der Energiewirtschaft ist und unmittelbar an operativer Front tätig war: Ich bin vor allen Dingen sehr dankbar, gerade hier in Berlin. Wir haben eine exzellente Fachmannschaft sowohl bei 50Hertz, bei Ontras, bei GASAG, NBB und natürlich bei Stromnetz, aber, und das wird auch gerne vergessen, wir haben exzellente Fachleute bei den vielen nachgelagerten Netzen, also bei den KRITIS-Betreibern. In Ergänzung dessen, was der Vorstandsvorsitzende der GASAG sagte, möchte ich noch mal ausführen: Wir sprechen sehr intensiv zurzeit mit den KRITIS-Betreibern rein vorsorglich, wie wir jetzt, meinerwegen mit dem Wasserbetrieb, die Dinge vorbereitend abstimmen, dass für den Fall, dass an der einen oder anderen Stelle eine Stromversorgung planmäßig oder auch außerplanmäßig ausfallen würde, mit den Mitteln des Wassernetzes, das ist auch ein Netz, oder von Notstromaggregaten die Aspekte der Daseinsvorsorge für diese kritischen Betreiber und im Interesse von Berlin, der Berliner Wirtschaft, verringern könnten.

Ein letzter Punkt: Eines erfüllt mich schon mit etwas Sorge, neben all diesen Aspekten, wo es genaue Vorschriften gibt, wo es Trainings gibt – 50Hertz hat jetzt erst wieder ein ordentliches Training durchgeführt, toll, genauso macht man das, das hat super geklappt, oder die Zusammenarbeit mit der GASAG –, das wäre natürlich die dritte Kategorie. Das ist alles, was man unter dem Aspekt kriminell, Cyberangriffe und Terroranschlag sehen muss. Hier kann ich Ihnen sagen: Ja, es wird dort seitens der zuständigen Stellen, wie ich es weiß, sehr intensiv gearbeitet. Auch in unseren Betrieben haben wir überall die Anstrengungen massiv verstärkt, vom normalen Betriebsschutz bis zur IT-Sicherheit, um gewappnet zu sein und bei Ausfällen, die man leider überhaupt nicht vorprogrammieren kann, möglichst schnell aus dem Störibetrieb dann wieder in den Normalbetrieb übergehen zu können. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Danke, Herr Neldner, auch für Ihre Ausführungen! – Dann kommen wir in die Runde der Kolleginnen und Kollegen, in die Rede- und Fragerunde. – Wir beginnen mit der Linken, mit dem Kollegen Dr. King. – Bitte sehr!

**Dr. Alexander King (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Das ist heute, glaube ich, eine besonders wichtige Anhörung. Ich finde, wir haben auch ein sehr gutes Tableau von Anzuhörenden, die fast alle Bereiche, die jetzt betroffen sind, gut abdecken. Ich habe allerdings erst mal eine Frage an den Senat. Wir hatten bisher immer ein regelmäßiges Update, was die Energieversorgung betrifft, unmittelbar vor der Ausschusssitzung bekommen. Es wäre gut, wenn das vielleicht in Zukunft auch wieder der Fall sein

würde. Der letzte Stand, den wir bekommen haben, ist jetzt nicht mehr ganz so aktuell. Das wollte ich nur, damit ich es nicht vergesse, kurz in die Runde werfen.

Das Zweite ist: Ich höre schon die Erleichterung teilweise, die jetzt hier in den Beiträgen war, und auch das Hoffen auf den milden Winter. Ich will nur eine Bauernregel zitieren: Einem warmen Oktober folgt ein eiskalter Winter. – Im Moment sehen wir vielleicht das Problem mit der Wärme noch nicht so ganz, aber es kann noch kommen. Von daher war ich, muss ich zugeben, etwas irritiert, dass die Bürgermeisterin Jarasch die Gasproblemlage für beendet erklärt hat. Da würde mich interessieren, ob der Staatssekretär Schopf das auch so sieht und wie Sie das sehen. Das haben Sie schon ein bisschen angedeutet. Da sollte man vielleicht nicht so vorschnell sein. Die positiven oder etwas beruhigenderen Botschaften haben wir schon vernommen, aber wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, das ist viel wichtiger für uns in der Politik: Was ist eigentlich, wenn es doch hart auf hart kommt? – Und darauf beziehen sich auch meine Fragen.

Hier ist jetzt niemand, der den Bereich Fernwärme vertritt, aber irgendwie haben die Anzuhörenden, die hier sind, teilweise auch damit zu tun. Deswegen würde ich jetzt erst mal Herrn Friedrichs fragen wollen: Wie ist es eigentlich mit den Fernwärmekraftwerken? In welchem Maße zählen die zu den geschützten Kunden? Wonach bemisst sich das, wie viel Gas für die Fernwärmeerzeugung eingesetzt werden darf? Gibt es da ein ähnliches Raster wie auch bei der unmittelbaren Gasversorgung, oder wie muss man sich das vorstellen? Das wäre das Erste, was mich interessieren würde. Welche Fernwärmekraftwerke – ich weiß nicht, wer das beantworten kann – könnten auch auf alternative Energieträger, vor allem Heizöl, umgestellt werden, wobei mit Heizöl gibt es dann wieder andere Probleme. Dazu komme ich auch gleich noch. Wo stehen da die Fernwärmekraftwerke in diesen Abschaltfolgen?

Damit in Verbindung stehen auch Fernwärmekraftwerke, die mit Gas betrieben werden, die dann weniger Strom liefern. Das muss dann auch ersetzt werden. Sie hatten schon ein bisschen was dazu gesagt, Herr Kapferer. Was haben Sie da für Szenarien? Die Stromerzeugung insgesamt in Berlin beruht sehr stark auf Gas, und wenn das jetzt ein Problem wird und wir noch mehr Strom importieren müssen, wie sind Sie darauf vorbereitet? Das wäre die nächste Frage, die ich habe.

Dann habe ich noch ein paar Fragen zu dem ganzen Komplex Heizöl, Diesel und auch Kohle an Herrn Engelke, aber auch an den Senat. Sie hatten es angesprochen. Wir laufen jetzt auf zwei elementare Veränderungen zu, nämlich einmal das Ölembargo, russisches Pipelineöl, das nicht mehr nach Schwedt geliefert werden darf. Wir haben schon sehr oft im Ausschuss darüber gesprochen. Allerdings muss ich sagen, wenn ich mir das anschau, lesen wir viel über langfristige Transformationsszenarien bei PCK, aber eigentlich sehr wenig über die kurzfristige Perspektive. Mir ist eigentlich immer noch nicht so ganz klar, wie das ab Januar in Schwedt weitergehen soll, wenn wir kein russisches Öl mehr über die Pipeline bekommen. Wo kommt das Öl her? Wie wird es transportiert? Sind die Pipelines aus Rostock und Danzig ertüchtigt? Wird die aus Danzig überhaupt freigegeben? Da gab es auch verschiedene Erpressungsversuche von polnischer Seite. Da sind noch viele Fragezeichen. Sie hatten vorhin von 70 bis 80 Prozent Auslastung gesprochen, die in Schwedt möglich ist. Das ist die günstigste Variante, die mir bisher untergekommen ist. Viel wahrscheinlicher ist, dass Schwedt möglicherweise nur noch zur Hälfte ausgelastet ist, und da wäre dann natürlich die Frage an Sie,

aber auch den Senat: Wie ist es denn dann mit der Versorgung in Berlin mit Diesel und Heizöl? Auf was müssen uns da einstellen?

Dazu kommt – ich weiß nicht, ob das auch mit dieser drohenden Mangellage zusammenhängt –, dass wir jetzt schon eine Auseinanderentwicklung – ich weiß nicht, wie Sie das wahrnehmen – vom Heizölpreis und Erdölpreis haben. Die Schere geht schon auseinander. In Berlin ist es noch mal besonders schlimm, weil hier das Heizöl viel teurer ist als zum Beispiel in Westdeutschland – mittlerweile, was vor Kurzem noch nicht so war. Ist das auch schon auf diese angespannte Situation zurückzuführen, dass eine sich ankündigende Mangellage dann auch zu Preissprüngen führt? Dasselbe gilt dann nicht nur bei Heizöl, sondern perspektivisch wahrscheinlich demnächst auch an Tankstellen. Auf was machen Sie sich da gefasst?

Wie sind eigentlich die Kapazitäten? Das würde mich auch interessieren. Wenn wir jetzt nur noch 60 Prozent Auslastung in Schwedt haben, wie sind eigentlich die Kapazitäten, Raffinerieprodukte aus anderen Teilen Deutschlands nach Berlin zu bringen? Sie haben vorhin von 1 000 Lkw am Tag gesprochen, das ist nicht gerade wenig, oder acht Binnenschiffen. Ist dann gewährleistet, dass wir die Raffinerieprodukte, die wir brauchen, also Heizöl, Diesel und was weiß ich, was noch alles dranhängt, in ausreichender Menge in Berlin haben, oder müssen wir uns hier wirklich dann auf Mangellagen einstellen?

Ach so, dazu kommt ja noch erschwerend hinzu, dass ab Februar auch das Embargo gegen russische Raffinerieprodukte greift, Diesel zum Beispiel. 15 Prozent des Diesels, der in Deutschland zum Einsatz kommt, sind im Moment noch von russischen Importen abgedeckt. Das fällt ja dann auch weg. Mich würde interessieren, wie Sie sich als jemand, der geschäftlich damit zu tun, auf so eine Situation eigentlich vorbereiten. Vom Senat würde mich natürlich interessieren, wie Sie sich politisch darauf vorbereiten, denn es ist ja keine einfache Situation, auf die wir da zulaufen.

Zum Schluss noch ganz kurz zur Kohle: Sie haben vorhin gesagt, es gibt noch ein Unternehmen, die LEAG. Die hat meines Wissens eine Maximalkapazität, die alleine nicht ganz ausreicht, um die Versorgung in Deutschland sicherzustellen. Sie haben jetzt gesagt, das liegt im Moment vor allem an den Panikkäufen. Würden Sie dann sagen, wenn dieses psychologische Moment irgendwie bearbeitet werden kann und nicht mehr so eine Rolle spielt, dass wir doch in der Lage sind, die Kohleversorgung sicherzustellen? Es gibt in Berlin immer noch Haushalte, die mit Kohle heizen. Es sind nicht so viele, aber einige Tausend sind es eben doch. Wie stellen wir sicher, dass die mit der Kohle versorgt werden, die sie brauchen, damit sie warme Wohnungen haben? – Danke!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dr. Taschner!

**Dr. Stefan Taschner (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir und unserer Fraktion an die Anzuhörenden für Ihre sehr spannenden Inputs! Ein paar Nachfragen habe ich noch.

Fangen wir mal von vorne mit Herrn Engelke an! Sie haben von festen Brennstoffen gesprochen und dem Mangel, der mittlerweile hier herrscht. Das haben wir ja alle mitbekommen. Welche Ersatzbrennstoffe werden von den Leuten verwendet? Ich kann mich an einen RBB-Beitrag erinnern, in dem von Torfbriketts gesprochen wurde. Es ist einer portraitiert worden, der auf Torfbriketts umgestellt hat. Da denke ich mir, dass das vielleicht nicht unbedingt die beste Alternative ist. Wie sehen Sie solche Ersatzbrennstoffe? Was kann verwendet werden? Manchmal hat man das Gefühl, dass Paletten zersägt werden, um mit Holz zu heizen, oder so was. Vielleicht können Sie darauf ein bisschen eingehen.

Eine Frage zur Versorgung mit Öl und zu der Raffinerie in Schwedt: Sie sind im Wesentlichen auf die Pipeline aus Rostock eingegangen. Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ ist aber jetzt schon das erste Schiff über Danzig angelandet und Richtung Schwedt durchgepumpt worden. Da gibt es offensichtlich keine Erpressung oder wie auch immer in der Richtung. Es scheint ja etwas durchzukommen. Ist diese Schiene wirklich etwas, was die Lücke füllen kann, oder ist die bei Ihren Berechnungen von 70, 80 Prozent schon mit drin? Wenn dem so ist, dass sie schon bei Ihnen drin ist, welche Alternativen sehen Sie letztendlich? Denn das Ölembargo auszusetzen, ist ja eigentlich keine Alternative, die wir gehen wollen.

An Herrn Friedrichs habe ich mir vier Fragen aufgeschrieben. Wie schaut es aus, wenn wir mal von diesem Winter weggehen und auf den nächsten schauen? Ins Erdgas können wir zum Teil Biogas einmischen. Die Bundesregierung ist da dran. Wasserstoff wird zum Teil, glaube ich, von der GASAG schon mit eingespeist. Sehen Sie perspektivisch für den nächsten Winter darin einen Sektor, von dem man sagen kann, dass da mehr gehen könnte, in einer Gasversor-

gung mit einer Beimischung? Oder sagen Sie, Wasserstoff – gerade wenn wir Richtung grünen Wasserstoff denken – gibt es eigentlich noch gar nicht, bzw. wenn ich das machen würde, würden die Preise erst richtig nach oben gehen? Wie müssen wir uns das vorstellen?

Gas haben wir nicht nur zum Heizen, sondern Erdgas wird auch in der Industrie gebraucht, auch hier in Berlin. Wie sehen Sie da die Entwicklung des Sparens? Es gibt vom Senat dieses Agreement, diese Charta, mit der Industrie und dem Handel auch einzusparen. Sehen Sie schon, dass einiges eingespart wird? Geht das wirklich ans Einsparpotenzial, oder wird die Produktion heruntergefahren? Das ist natürlich eine spannende Sache.

Vielleicht noch mal kurz zur Gasmangellage: Frau Jarasch hat die Energiekrise jetzt nicht für beendet erklärt, sondern sie hat lediglich erklärt, dass mit den sehr vollen Speichern – Sie haben es angesprochen, fast 100 Prozent, man kann diese Gasspeicher auch über 100 Prozent füllen – die Gasmangellage weniger wahrscheinlich geworden ist. Wie würden Sie das einschätzen? Sind wir auf einem Weg, wo wir sagen, noch keine Entspannung, wir müssen weiter sparen, wie Frau Jarasch gesagt hat? Aber sehen Sie auch, dass wir für den Winter ein bisschen aus dem ganz groben Worst-Case-Szenario langsam rauskommen?

Sie haben die Gaspreise angesprochen. Da muss ich jetzt natürlich bei der GASAG nachfragen. Sie kennen sicherlich diese Gesetzeslücke, die die GASAG derzeit ausnutzt, wo Vermieter von Mehrfamilienhäusern in den deutlich teureren, sogenannten Ersatztarif eingestuft werden, weil sie scheinbar Gewerbekunden sind. Ich glaube, Sie kennen alle den Sachverhalt, ich muss ihn nicht ausführen. Das sorgt für sehr viel Unmut und sehr viel Unverständnis, gerade bei der GASAG, die sich immer so berlinverbunden gibt. Kriegen wir da jetzt mal eine Lösung hin, auch im Sinne der Berlinerinnen und Berliner, oder fährt die GASAG weiter ihren eigenen Kurs, der ihr ja auch schon eingehandelt hat, dass der Bundesverband der Verbraucherzentrale sie verklagt hat? Oder kommen wir da wieder mal zusammen?

Herr Kapferer, Sie haben gesagt, wir in Berlin sind mit unserer Stromversorgung immer auf das Umland angewiesen. Da sind wir uns einig, das ist relativ klar. Aber wie schaut es jetzt perspektivisch für die nächsten Winter aus? Wie können wir über 50Hertz noch mehr Strom von hoffentlich noch mehr erneuerbarer Energie aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nach Berlin reinbekommen? Denn zum Beispiel funktionieren solche Power-to-Heat-Anlagen nur dann, wenn wir den Strom in Berlin haben. Wie sehen Sie die Möglichkeit? Herr Hirscher sagt immer, die Hydrolyse muss in Berlin passieren und nicht am Windkraftstandort direkt, damit wir die Wärme hier für die Fernwärme nutzen können. Das ist, glaube ich, so eine Sache. Dazu muss ich den Strom aber erst mal nach Berlin reinholen. Dabei sind Sie natürlich gefragt. Wie schaut es aus? Kriegen wir das alles mit den Ausbauzielen von Erneuerbaren hin? Das ist, würde ich mal sagen, die wesentliche Frage an Sie.

Dann gehe ich schon zu Herrn Neldner über. Wie sieht es mit dem Netzausbau im Verteilnetz aus? Auch da hören wir immer, ganz viele Rechenzentren kommen nach Berlin und sind geplant. Auch hier könnte man mit Großwärmepumpen Wärme für die Fernwärme nutzbar machen. Dafür brauchen wir aber, so wurde mir berichtet, noch mal einen deutlichen Ausbau des Verteilnetzes. Kriegen wir die Sache hin? Wie ist die Zusammenarbeit mit den EVUs? Sie sind jetzt nicht Stromnetz Berlin, aber der Überbau mit BEN. Haben Sie das Gefühl, das läuft eigentlich ganz gut, dass man seitens des Stromnetzausbaus auf Verteilnetzebene planen kann? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann der Kollege Stettner für die CDU-Fraktion!

**Dirk Stettner (CDU):** Ganz herzlichen Dank! – Ich kann mich kurzfassen und versuchen, nur um die Fragen zu ergänzen, die meine Vorredner noch nicht gestellt haben. Ich fange mit Herrn Engelke an und gucke, ob ich alles richtig verstanden habe, was Sie ausgeführt haben. Zunächst kann man ja feststellen, dass das erst mal beruhigender klingt als das, was wir in den letzten Wochen diskutiert haben. Nun werden Sie sich alle nicht hinstellen und sagen: Macht euch keine Sorgen, es wird alles gut werden. – Das haben Sie auch nicht getan. Aber es klingt erst mal danach, dass die Chaostheoretiker, die so gerne von einem unkontrollierten Abschalten – sprich, Blackout –, erzählen, Blödsinn erzählen. Das ist schon mal sehr beruhigend, und das entnehme ich den Ausführungen von Ihnen allen, was schon mal sehr schön ist.

Jetzt habe ich Herrn Engelke so verstanden: Uns fehlen – das habe ich aufgeschrieben – 140 000 Tonnen. Das heißt, da gibt es schon einen Fehlbedarf. Wir haben in Berlin – nageln Sie mich nicht fest – 600 000 Berlinerinnen und Berliner, die noch irgendwie mit Öl heizen und von der Wärme abhängig sind. Die müssen in irgendeiner Art und Weise dennoch heizen. Verstehe ich es nun richtig, dass wir da wahrscheinlich alternative Heizquellen zu vermuten haben? Dann sind wir bei Herrn Neldner, der gesagt hat, wenn mit Strom geheizt wird, dann schafft es die Kapazität nicht. Ist es ein realistisches Szenario, dass wir alternativ zur Ölheizung mit Stromheizungen herumzuhantieren haben und dann in eine Überlastung des Netzes kommen? Habe ich das richtig nachvollzogen, Herr Neldner? Habe ich das so richtig verstanden?

Danach geht es im Grunde schon in die Frage nach der Zukunft. Denn wenn ich jetzt mitnehme, dass wir in diesem Winter, so schlimm das ist, als letztes Instrument maximal in eine sehr kontrollierte Teilabschaltung kommen, nach vorheriger Absprache – so habe ich Sie alle verstanden –, blicken wir in die Zukunft, und Sie, Herr Friedrichs, sagen: Na ja, macht euch mal nichts vor. Das wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. – Schade! Wir haben eine andere Hoffnung. Mich interessiert – Wasserstoff ist angesprochen worden –, wie eigentlich die Netzkapazität und der aktuelle Netzausbau sind. Ist es überhaupt denkbar, das zu nutzen? Was müsste passieren, damit das genutzt werden kann? Was ist alternativ der Plan, wenn wir nicht einfach sagen wollen, prima, Energie wird immer teurer, ist halt so, müssen wir warten, bis die Kriege aufhören? Was sind die Alternativen aus Ihrer Sicht? Was kann die Politik dafür tun?

Die gleiche Frage geht an Herrn Neldner, was die Kapazitäten des Netzes angeht. Was muss da passieren? Welche Kapazitäten haben wir überhaupt, um weitere Zentren aufzubauen?

An den Senat habe ich noch eine Frage. Wir haben vor drei Wochen über das Programm für die Liquiditätshilfe Energie gesprochen. Das wird jetzt wahrscheinlich mit dem Nachtragshaushalt zusammenhängen. Können Sie uns einen aktuellen Stand geben, ob etwas angelaufen ist? Ist etwas angelaufen, oder läuft noch nichts an? Warten Sie auf den Nachtragshaushalt? Wenn etwas angelaufen ist, wie viele haben es beantragt? Wie ist da der Umsetzungsstand? – Danke schön!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber für die SPD-Fraktion dran.

**Jörg Stroedter (SPD):** Ich würde auch gerne erst mal mit Ihnen, Herr Engelke, anfangen. Sie haben hier relativ dramatisch die Entwicklung zum Thema Schwedt geschildert und wie Öl, Heizöl und Benzin nach Berlin kommen. Ich habe die Sorge auch. Das, was Sie hier gesagt haben – ich habe es mir aufgeschrieben –, 1 000 Lkw und acht Binnenschiffe, ist ja schon – ich stelle mir das immer verkehrspolitisch vor – ein echtes Problem.

Ich habe einfach noch mal eine ganz andere Frage dazu. Es gibt die Debatte darüber, ob das, was jetzt als Ersatz kommt, überhaupt in der Qualität so in Schwedt zu verarbeiten ist, wie das bisher mit der Zuführung aus der Zuleitung aus Russland gekommen ist. Können Sie dazu irgendetwas sagen? Das würde mich mal sehr interessieren. Denn das würde, wenn das in der Tat so wäre, das noch verstärken.

Zum Zweiten würde ich wissen wollen, was diese Verknappung, die dadurch entstehen könnte, insgesamt für die Preisentwicklung bedeutet. Beim Heizöl lagen wir, glaube ich, vor der Krise ungefähr bei 65 Cent, wenn ich mich erinnere, jetzt sind wir bei 1,60 Euro, ungefähr so müsste es sein. Das ist ja eine gewaltige Geschichte. Wo sehen Sie denn den weiteren Weg, ohne die Glaskugel zu haben? Das interessiert, glaube ich, viele in Berlin auch.

Dabei geht gleich meine Frage an den Senat. Ich sehe es sehr kritisch, dass der Bund bisher nur für Gas und Strom Lösungen hat. Die finde ich alle sehr gut. Die müssen natürlich perfekt umgesetzt werden, dazu wird ja noch verhandelt. Dazu hat es eine gute Ministerpräsidentenkonferenz gegeben. Das Bemühen ist da. Die Heizölkunden kommen mir im Augenblick vor wie die Hartz-IV-Empfänger, um das mal so deutlich zu sagen. Das sehe ich sehr kritisch. Ich würde gerne mal vom Senat wissen, was der Senat sich vorstellt, denn allein einen Härtefallfonds dort zu machen, wäre genau das, was ich eben als mein böses Stichwort gesagt habe. Bei Gas und Strom hat jeder einen Anspruch auf den Deckel. Warum hat jemand bei Heizöl diesen Anspruch nicht? Wir haben in Berlin nach meiner Schätzung ungefähr 25 Prozent Ölheizungen. Das ist also ein größerer Faktor. Die Leute sind ernsthaft davon betroffen. Übrigens anders als Gas- und Stromkunden zahlen sie alle schon. Sie haben ihre Tanks nämlich immer wieder vollmachen müssen und haben schon entsprechende Rechnungen bekommen. Sie haben sich schon gewundert – Sie werden das gleich bestätigen –, welche Preise es gibt. Deshalb würde mich interessieren, was der Senat für den Fall plant, dass der Bund dazu nichts macht, außer irgendeinen Härtefallfonds, um eine Gleichstellung zu erreichen. Gibt es darüber gegebenenfalls noch Verhandlungen mit dem Bund?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Friedrichs von der GASAG. Einmal zum leidigen Thema, das der Kollege Dr. Taschner zu Recht schon angesprochen hat: Ich kann die Mails und Anrufe zu dem Thema von den Leuten nicht mehr zählen, die in einem Mehrfamilienhaus wohnen und dann als Endverbraucher eine enorme Rechnung bekommen. Ich muss für meine Fraktion sagen, dass wir eine Lösung erwarten. Die müssen genauso gleichgestellt werden wie die anderen. Das geht nicht, dass man in ein Gewerbe reingedrängt wird. Derjenige, der der Vermieter ist, legt das zum vollen Preis um, und der Endverbraucher – das sind ganz normale Leute mit ganz normalen Einkommen – kommt in diese Situation. Das finde ich – Dr. Taschner hat es zu Recht formuliert – für jemanden, der sich, wie die GASAG, als Berlinunternehmen auf

den Schild hebt, keine gute Lösung. Ich hätte wirklich gerne einen konkreten Vorschlag von Ihnen dazu.

Bei Ihnen würde ich gerne auch mal wissen, wie Sie die weitere Entwicklung, bezogen auf die Speicher und das, was kommen muss, sehen. Es gibt jetzt unendlich viele Verträge mit Flüssiggas. Alle anderen profitieren glänzend davon, auch europäische Staaten, Norwegen und so, die haben alle Gewinne wie noch nie bei dem Thema. Welche Lösungen gibt es, auf dem Verhandlungsmarkt darauf Einfluss zu nehmen, oder ist es nicht so – deshalb frage ich so deutlich, auch den Senat –, dass, wenn wir auf Dauer aus dem russischen Gas aussteigen, wir uns mindestens an dieses Preisniveau gewöhnen müssen und dass das weiter raufgeht? Oder ist es durch die Zulieferungen mit Flüssiggas und anderen Bereichen möglich, eine Preisdämpfung zu haben, Herr Friedrichs? Das würde mich mal interessieren.

An Herrn Neldner noch mal eine Frage zu dem Thema Strom. Sie haben gesagt, wenn jetzt Strom verstärkt zum Heizen eingesetzt wird, kommen wir zu einem Kapazitätsproblem. Wir haben noch zusätzlich das Problem, dass wir auf Elektromobilität umstellen. Auch da ist die Nachfrage deutlich größer, was an Strom insgesamt benötigt wird. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas genauer einen Ausblick geben, damit wir das noch mal von Ihnen hören.

Vielleicht noch mal die Frage für die Zukunft, Herr Friedrichs, zum Thema Wasserstoff. Vielleicht können Sie dazu etwas hier in der Runde sagen. Sie hatten in einer Wirtschaftsausschusssitzung dazu schon mal etwas davon gesagt, dass 75 Prozent der Leitungen wasserstoff-ready sind. Wie sehen Sie die Perspektive, über den Tag hinaus dort etwas zu machen? – Das sind für diese Runde meine Fragen. Ich gehe wieder in die Rolle des Ausschussvorsitzenden zurück.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Dann wäre der Kollege Wolf für die FDP-Fraktion dran.

**Christian Wolf (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Viele Fragen wurden schon gestellt. Ich beschränke mich daher auf die verbliebenen auf meiner Liste.

An Herrn Engelke: Wie sieht es mit den Nebenprodukten für das Raffineriegeschäft aus? Dort sind ja auch die Bauindustrie und die Chemieindustrie betroffen, wenn die Kapazitäten sinken. Das würde mich interessieren.

Die Frage an Herrn Friedrichs würde ich unterstreichen wollen, wie die Preissituation sich beim Gas perspektivisch über die nächsten Jahre gestaltet und ob der Energieträger Gas als Brückentechnologie überhaupt noch zukunftsfähig ist oder ob man jetzt schneller den Sprung in die Wasserstoffwirtschaft wagen muss, mit einem großen Sprung.

Eine Frage an Herrn Kapferer zum Thema 50Hertz: Vielleicht können Sie noch mal erläutern, was Herr Neldner skizziert hat, nämlich diese Schulungssituation für die Lastabwürfe und die Situation in Frankreich, wir haben es auch in Kiew jetzt aktuell oder in Südafrika, wo geplante Lastabwürfe stattfinden, diese Brownouts. Dort ist man auch ein bisschen digitaler unterwegs, zum Beispiel in Frankreich, wo man eine App hat und weiß, wann in seiner Region eine Abschaltung stattfindet. Ist so etwas geplant? Werden solche Szenarien vorbereitet?

Dann möchte ich noch das Thema Netzentgelte ansprechen, denn die Netzentgelte beim Strom machen mittlerweile ein Viertel des Strompreises aus. Die Erhöhung in diesem Jahr war saftig. Für das Jahr 2023 haben wir für das Netzentgelt in Berlin eine Steigerung von über 30 Prozent, während wir in Bremen nur 4 Prozent Steigerung haben und in Thüringen nur 9 Prozent. Wie kann es sein, dass solche starken Preissteigerungen hier in Berlin auftreten? Wie entwickeln die sich perspektivisch? Was hat das mit dem Netzausbau zu tun, der ja, wie wir auch gehört haben, notwendig ist? Dazu meine Frage an Herrn Neldner und an Sie: Inwieweit gibt es Flaschenhälse und Bremsen beim Netzausbau? Denn ich denke, Berlin wird immer ein Importeur von Strom bleiben. Die Abhängigkeit vom Umland ist gegebenenfalls da. Wo stehen wir mit dem Ausbau des Netzes? Sie hatten mal in einer anderen Runde erzählt, dass es eine große Trafostation im Norden Berlins geben soll. Die muss ausgebaut werden. Es gibt aktuell Tunnelbohrungen in Berlin. Wie erleben Sie dabei die Zusammenarbeit mit dem Senat? Wo kann man dabei vielleicht noch etwas beschleunigen, damit die Energieinfrastruktur dort entsprechend angepasst wird?

Abschließend noch eine Frage an den Senat: Wir sind ja auch der Ausschuss für Betriebe. Inwieweit bevorraten sich die landeseigenen Betriebe, um eventuellen Knappheiten bei Mineralölprodukten – ich denke an die BVG, die noch mit Diesel unterwegs ist – zu begegnen? Wurde jetzt die Bevorratung erhöht, oder hat man dort exklusive Lieferverträge und andere Logistikketten aufgebaut, wie zum Beispiel beim BER, wo Kesselwagen vorfahren und nicht mehr die Belieferung über Schwedt erfolgt? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir für die AfD-Fraktion den Kollegen Hansel.

**Frank-Christian Hansel (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von uns ein Dank für die Darstellung der neuen Normalität, was die Energieversorgung in Deutschland und Berlin betrifft! Das ist ja eigentlich doch sehr erschütternd. Denn im Grunde kann man davon ausgehen, dass diese neue Normalität ein Hoffen ist, ein Hoffen auf gutes Wetter und warme Zeiten, wenn man das mal unter dem Strich sieht. Die hatten wir jetzt, das ist richtig, aber es gibt auch die Prognose, dass es Ende des Monats schon um 15 bis 18 Grad runter geht, also gegen 0 Grad und drunter. Dann haben wir die Situation, wo es schwierig wird. Das kann es ja nun nicht gewesen sein.

Darum möchte ich den Elefanten im Raum noch mal ansprechen, den Herr Kapferer kurz in den Empfehlungen erwähnt hat, nämlich den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis April. Wir haben von den Kollegen gehört, dass auch die nächsten beiden Winter weiterhin problematisch bleiben. Wir wissen nicht, ob die LNG-Terminals für die gesamte Kapazität, die verbrauchsmäßig gebraucht wird, bereitsteht. Ist nicht tatsächlich ein Weiterbetrieb über April 2023 hinaus wünschenswert oder, unabhängig von wünschenswert, möglicherweise zwingend notwendig? Wie sehen Sie alle diese Situation? Denn Sie sind alle im Energiebereich und haben sicher alle dazu eine konkrete Meinung.

Die konkreten Fragen zu PCK, die kritischen, die wir im Ausschuss bei den letzten zwei, drei Malen immer wieder behandelt haben, sind schon gestellt worden, auch die Problematik des BER, die damit zusammenhängt. Das will ich alles nicht wiederholen. Mir geht es im Grunde darum – der Vorsitzende hat es auch noch mal angesprochen –: Wir werden in Zukunft nicht weniger Energie verbrauchen. Manche – die Grünen – wollen eigentlich deindustrialisieren

und die Gesellschaft und die Wirtschaft herunterfahren. Wir wollen das nicht. Wenn wir weiterhin von Wachstum ausgehen, dann werden wir einen höheren Strombedarf haben. Auch wenn man die Klimadebatte und die E-Mobilität ernst nimmt, kommen große Strommengen dazu, die benötigt werden, wenn man das alles tatsächlich ernst nimmt. Wie soll das mit der jetzigen Energiewende betrieben werden bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Gas, das jetzt wegfällt, und ohne die Kernenergie? Das ist unser Thema. Dazu hätte ich gerne die Antworten. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich den Kollegen Dr. King noch mal für die Linke. – Bitte!

**Dr. Alexander King (LINKE):** Ich wollte noch eine Bemerkung kurz nachschieben. Vorhin wurde etwas nonchalant gesagt, dass das Ölembargo hier niemand infrage stellen will. Ich finde, das sollte man schon infrage stellen, selbstverständlich, denn es ist weder von der EU vorgesehen, noch ist es sinnvoll. Wir haben doch gerade gehört, was die Auswirkungen sind. Alles, worüber wir die ganzen letzten Wochen immer sprechen, die ganzen Problemlagen, mit denen wir uns und vor allem die Bevölkerung konfrontieren, sind ja Folgen politischer Entscheidungen. Die sind sehr schwerwiegend, diese politischen Entscheidungen, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Weltwirtschaft.

Dann einfach zu sagen, das wird nie überprüft und gar nicht hinterfragt, das halte ich für falsch. Ich finde, es wäre dringend notwendig, dass wir mal überprüfen und von der Bundesregierung einfordern zu überprüfen, was die Embargopolitik eigentlich gebracht hat. Hat sie irgendwas an dem Kriegsverlauf verändert? Was sind die Kollateralschäden für uns, für die Menschen, die hier leben, für die Menschen in Russland, für die Menschen überall auf der Welt? Dann einfach zu sagen, nein, das ist sozusagen gesetzt, und wir gucken jetzt nur, wie wir mit den Folgen umgehen, finde ich, ist ein bisschen zu wenig. Wir reden jetzt schon über den nächsten Krisenwinter 2023/2024 und überhaupt nicht darüber, wie wir es eigentlich verhindern, dass es zu so einem nächsten Krisenwinter kommt. Das ist, finde ich, wirklich ein bisschen unambitioniert für die Politik. Jetzt sind wir hier nur auf der Landesebene, aber ich fände es zum Beispiel gut, wenn der Berliner Senat zusammen mit anderen ostdeutschen Landesregierungen vielleicht mal bei der Bundesregierung die Initiative einer Evaluierung der Sanktionspolitik anregen würde, oder, wie der französische Wirtschafts- und Finanzminister gesagt hat, des Wirtschaftskriegs.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank! – Dann habe ich die Kollegin Bozkurt für Bündnis 90/Die Grünen! – Liebe geschätzte Kollegin Bozkurt, Sie hätten das Wort, bitte sehr!

**Tuba Bozkurt (GRÜNE):** Entschuldigung! Ich war kurz unaufmerksam, aber ich bin da. – Was wir heute von den Anzuhörenden gehört haben, war auf jeden Fall sehr aufschlussreich. Wenn man genau zugehört hat, hat man eigentlich gehört, dass es klar ist, dass die Zukunft bzw. die Energieversorgung insofern sichergestellt werden kann, wenn wir – das haben Sie so nicht gesagt – eine grüne Industriepolitik forcieren, apropos Deindustrialisierung. – [Zurufe] – Sie hören, wie sehr das die Herren der Opposition triggert. Wir sprechen immer wieder über die grüne Industriepolitik. Ich weiß, Sie sind auch getriggert, wenn Frauen sprechen, aber Sie sind auch getriggert, wenn wir über eine grüne Industriepolitik sprechen. Das, was wir hier erleben und jetzt hören, ist eine Entwicklung, die natürlich dem Krieg geschuldet ist, aber wir haben auch das Problem, dass wir Naturkatastrophen, Dürresommer und Waldbrände haben,

die auch immer weiter die Energiefrage in der Zukunft verschärfen werden. Wenn wir jetzt darauf hoffen, dass wir einen warmen Winter haben, hoffen wir darauf, dass der Klimawandel sich nur weiter verschärft, um das in dieser Klarheit noch mal formuliert zu haben.

Das heißt, die Situation wird sich für uns insofern verändern, als dass wir sagen müssen, die Klimaneutralität als Großziel in der Industrie, genauso für die Stadt, ist das, woran wir arbeiten müssen, wohin wir uns bewegen müssen. Das ist übrigens auch etwas, was die Industrie in Berlin und auch in der Metropolregion kennzeichnet, dass sie resilient und anpassungsfähig ist und dass sie eine Innovationstreiberin ist. Wir hatten dazu kürzlich eine Anhörung, wo auch sehr viele Vertreter aus den Bereichen da waren und deutlich gemacht haben, welche Innovationskraft in der Industrie bei uns steckt. Diesen Standortvorteil, dass die klimagerechte Transformation aus der Industrie heraus geschehen kann, werden wir nutzen, um die Metropolregion weiter zum Zukunftsindustriestandort für die Mobilitäts- und Energiewende zu gestalten. Das ist ein Bekenntnis, das wir als Koalition, gerade wir als Grüne-Fraktion, haben und woran wir arbeiten. Unsere Programmatik wird sich dahin gehend weiter entwickeln.

Dass wir die Klimaneutralität für Berlin, aber auch für die Industrie, anstreben, heißt auch, dass wir natürlich im Ausbau klimaneutraler Energieträger massiv fortschreiten müssen, um die Industrie unabhängiger von russischen Energieträgern zu machen. Gleichzeitig müssen wir natürlich die Beschäftigung durch Qualifizierungsmaßnahmen und Investitionen stärken, damit wir auch dem sozialen Aspekt der sozial-ökologischen Transformation Genüge tun. Das heißt, auch das werden wir weiter fortschreiben.

Meine Frage – das geht nicht primär in Ihre Richtung, von Ihnen habe ich sehr viel mitgenommen, mein Kollege hat viele Fragen an Sie gerichtet – geht in Richtung des Senats. Welche Maßnahmen nimmt der Senat eigentlich vor, um die Ansiedlung von Solarenergie- und Windkraftanlagen in Berlin voranzutreiben? Was sind die Maßnahmen? Denn wir haben verstanden, ja, der Ausbau muss vorangehen, wenn wir denn unabhängiger werden wollen. Das müssen wir angesichts der Situation, in der wir jetzt gerade stecken. – Danke sehr!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank! – Ich darf die Kolleginnen und Kollegen noch mal bitten, die Kollegin ausreden zu lassen und zuzuhören. Wir sind hier nicht im Plenum, sondern in der Ausschusssitzung. – Dann der Kollege Trefzer für die AfD-Fraktion!

**Martin Trefzer (AfD):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich wollte noch mal den neuralgischen Punkt – so würde ich es mal nennen – der Anhörung herausarbeiten, nämlich die Versorgung Berlins mit Mineralölprodukten in der kommenden Winterperiode nach dem Ölembargo. Wir haben gehört, es gibt eine leichte Entspannung in den Bereichen Strom und Gas. Aber, Herr Engelke, Sie haben es sehr deutlich ausgesprochen, Sie haben von einer Befürchtung von Knappheit gesprochen und haben diesen Klopapierereffekt gebracht. Wenn ich jetzt höre, dass die Versorgung mit alternativen Quellen in Berlin doch sehr überschaubar ist, dann muss man doch tatsächlich mal die Frage stellen – ich will das mal ergänzen, was Herr Dr. King und auch Sie, Herr Stroedter, gesagt haben –, wie es denn aussieht. Hat der Senat Vorsorge für diesen Fall getroffen, dass wir in eine Knappheitssituation bei Mineralölprodukten reinlaufen? Was passiert denn eigentlich in dieser Stadt, wenn wir Schlangen vor den Tankstellen haben? Gibt es dann eine Kontingentierung? Was stellt sich der Senat vor? Gibt es eine Priorisierung? Was sind die entscheidenden Infrastruktureinrichtungen, die mit Mineralölprodukten versorgt sein müssen?

Da wäre meine Frage an Sie, Herr Engelke: Haben Sie ein Szenario vor Augen, wie es ablaufen könnte, wenn es tatsächlich zu dieser Verknappung kommen könnte, oder wie laufen Ihre Gespräche aktuell mit der Politik, mit dem Senat oder vielleicht auch mit der Bundesregierung? Das scheint mir doch wirklich der Punkt zu sein, an dem es eng wird in diesem Winter bei der Versorgung von Berlin mit Mineralölprodukten, bei Benzin, und natürlich brauchen wir uns politisch hier nicht zu streiten. Ich kann nur unterstreichen, was Sie gesagt haben, Herr Dr. King: Das Ölembargo macht überhaupt keinen Sinn an dieser Stelle. Wir müssen darüber nachdenken, ob das wirklich zukunftsweisend sein kann. Ich hoffe nicht, dass wir erst durch den Schaden klug werden sollten, sondern dass wir das vorausschauend erkennen.

Aber jetzt erst mal die Frage an den Senat und auch an Sie, Herr Engelke: Wie gehen wir dann mit so einer Knappheit um? Wie vermeiden wir diese Klopappiereffekte, und wie sorgen wir dafür, dass die kritische Infrastruktur nach wie vor in diesem Winter mit Mineralölprodukten versorgt werden kann?

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Ich habe mich selbst auf die Redeliste gesetzt, weil Herr Dr. King relativ deutlich eine Positionierung gemacht hat.

**Jörg Stroedter (SPD):** Ich bin ein bisschen von der CDU-Fraktion überrascht, denn der Ministerpräsident von Sachsen ist in der CDU, um das mal so deutlich zu sagen, und er ist auch stellvertretender Bundesvorsitzender. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man mit der Koalition eine Debatte führt.

Ich glaube aber, Herr Dr. King, und das ist auch mein Statement an den Senat: Es bringt relativ wenig, diese Embargodebatte zu führen. Die ist auf großer Ebene entschieden worden. Die ist europäisch und bundespolitisch besprochen worden. Jetzt geht es darum, was wir für die Leute hier vor Ort und für die Unternehmen machen können. Da habe ich in der Tat sehr große Sorgen, und die sind durch Herrn Engelke – Sie werden gleich noch mal Stellung nehmen – noch stärker geworden. Ich habe Ihnen die Frage gestellt: Was passiert überhaupt? Ist das alles in Schwedt so verwendbar, wie es bisher verwendbar war? Was haben Sie da für Erkenntnisse? Vielleicht hat der Senat auch schon Erkenntnisse dazu.

Wir müssen doch hier jetzt an den Senat den Appell richten, dass wir in der Frage von Heizöl und Benzin noch zu Lösungen kommen müssen. Beim Heizöl sind die Lösungen dringend erforderlich. Die müssen auf der Basis sein, dass jeder Betroffene die Chance hat, in irgendeiner Form einen Ersatz zu bekommen. Das ist schwer, weil man das nicht einfach in Form eines Deckels machen kann, aber es gibt auch andere Möglichkeiten, und diese Kreativität fehlt mir. Deshalb wäre meine Bitte an den Senat, wenn die Verhandlungen mit dem Bund geführt werden, dass wir gleich einplanen – wir machen einen Nachtragshaushalt –, dass dort auch Möglichkeiten vom Land Berlin kommen. Ich glaube, das ist jetzt die noch wichtigere Debatte als die rein politische Debatte, denn wir müssen letzten Endes dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger das bezahlen können, und natürlich auch immer an die Unternehmen denken. Daran hängen ganz viele Arbeitsplätze. Das wäre meine Bitte, und dazu hätte ich anschließend gern vom Senat eine Stellungnahme und eine Positionierung.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Dann zurück in die Rolle des Ausschussvorsitzenden. – Wir haben jetzt alle, die sich bei mir gemeldet haben, abgearbeitet und könnten jetzt in die Beantwortungsrunde eintreten. Sehe ich noch Wortmeldungen? – Das ist im Augenblick nicht der

Fall. Dann, Herr Engelke, würde ich Ihnen als Erstes das Wort geben. Ich würde mit dem Senat noch etwas warten. Senator Schwarz hatte mich darum gebeten. Er ist immer noch im Hauptausschuss. Er kommt demnächst und würde gern selbst ein Statement abgeben. – Herr Engelke, Sie haben das Wort, bitte!

**Frithjof Engelke** (UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V.): Vielen Dank! – Das waren viele Fragen. Ich hoffe, ich konnte sie mir alle merken, und werde jetzt probieren, alle zu beantworten. Ich würde noch mal bei den festen Brennstoffen einhaken. Bei der Kohleabdeckung ist es so, dass, wie gesagt, 400 000 Tonnen deutschlandweit gebraucht werden. Die LEAG kann 420 000 Tonnen produzieren. Dadurch, dass dieses Jahr eine erhöhte Nachfrage von 40 Prozent da ist, ergibt sich diese Lücke von 140 000 bis 160 000 Tonnen. Ersatzprodukte wären zum Beispiel Holzbriketts. Da ist die Problematik: Die Holzbriketts kamen in der Vergangenheit viel aus Russland und der Ukraine. Im Moment importiert logischerweise niemand aus Russland Holzbriketts. Aus der Ukraine kommt vereinzelt mal was, aber die meisten Kraftfahrer, die damals das Zeug per Lkw nach Westeuropa gebracht haben, sind jetzt an der Front. Das heißt, der Nachschub ist gering, und es ist wahn-sinnig teuer geworden. Vor einem Jahr hätte man für 1 Tonne Holzbriketts ungefähr 259 Euro bezahlt. Heute kostet die Tonne Holzbriketts 795 Euro. Das sind Preissteigerungen, die sich viele Kunden, die noch darauf angewiesen sind, mit Festbrennstoffen zu heizen – Sie können sich vorstellen, dass das nicht die komfortabelsten Wohnungen sind –, nicht leisten können. Das ist ein großes Problem. Die kriegen von den Sozialämtern wie gewohnt ihre 350 Euro, 500 Euro für den Winter, und dann rufen die bei uns an und sagen: Ich habe hier meinen Schein. Ich würde jetzt gern Kohlen bestellen –, und wir sagen: Ja, geht nicht. Es gibt keine. Holzbriketts können Sie kriegen. – Mit den Holzbriketts kommt man nicht so weit, weil der Heizwert nicht so hoch ist, und mit den 500 Euro erst recht nicht. Das heißt, die kommen maximal über den halben Winter, und dann müssen sie wieder beim Sozialamt anklopfen und sagen: Ich brauche mehr. – Das muss in meinen Augen dringend geregelt werden.

Wir werden aber, und davon bin ich fest überzeugt, die Kunden warm über den Winter bringen. Es ist ein bisschen aufwendiger, sowohl für die Unternehmen als auch für die Kunden, weil es immer nur in kleinen Mengen Kohlen gibt, aber es kommt kontinuierlich Nachschub. Es reicht zwar nicht, um alle gleich zu versorgen. Auch die Logistik ist dafür im Moment nicht ausgelegt, denn Kohle ist nun mal ein aussterbender Zweig, was die Raumheizung betrifft. Darin hat in den letzten Jahren kaum ein Händler groß investiert, sondern er nutzt die Infrastruktur, die jetzt noch da ist, und da wird auch nichts mehr nachfließen. Das stellt uns vor logistische Herausforderungen, aber wir werden das meistern. Wir haben uns zu diesem Schritt der Reglementierung zusammen mit der LEAG entschlossen. Die LEAG sagt ganz klar: Wir beliefern vorrangig den Handel. Der Handel kennt die Kunden, die wirklich auf Kohlen angewiesen sind. Wir machen es nicht über die Baumärkte, denn dann sind die Gas-heizer in den Baumärkten und kaufen das palettenweise weg. Dann stehen diejenigen, die es wirklich brauchen, hintan. Das sind alte Menschen. Die haben gar kein Auto. Die können gar nicht in den Baumarkt fahren und sich mal eben schnell eine halbe oder eine Tonne Kohlen holen. Das heißt, sie sind darauf angewiesen, dass sie die Kohlen geliefert bekommen. Die ganze Branche ist da dran. Wir arbeiten eng zusammen, und es finden untereinander Absprachen statt, was die Belieferung von Kunden, die dringend darauf angewiesen sind, betrifft. Wir tauschen die Kunden mit unseren Kapazitäten hin und her, und wir kriegen das hin. Ich gehe ganz fest davon aus, dass niemand, der mit festen Brennstoffen heizen muss, diesen Winter frieren muss. Das möchte ich klarstellen. Das ist ein Kraftakt, aber es geht. Wir wer-

den an dieser Situation nicht viel ändern können. Wir haben das, was auf dem Markt ist, und das ist jetzt eine Mangelverwaltung, aber das kriegen wir hin.

Versorgung in Schwedt: In meinen Ausführungen, 70 Prozent, 80 Prozent, ist die Versorgung über Danzig schon mit drin. Die Pipeline Rostock–Schwedt hat nur ungefähr ein Viertel der Kapazität der Druschba-Pipeline, und es hängt ganz stark davon ab, wie viele Schiffe nach Rostock und wie viele nach Danzig kommen. Es stimmt, dass es da ein bisschen – ich würde es nicht Erpressungsversuche nennen – gibt zwischen Polen und Deutschland, was die Versorgung von Schwedt über Danzig betrifft. Die Polen sagen ganz klar: Solange Rosneft da noch irgendwie die Finger im Spiel hat und eventuell Geld über Rosneft zurück nach Russland fließt, wollen sie nicht, dass Rohöl über Danzig nach Schwedt gepumpt wird. Dass jetzt das erste Schiff in Danzig gelöscht und die Ware nach Schwedt gepumpt wurde, zeigt aber, dass da Verhandlungsbereitschaft ist. Ich bin mir ganz sicher, dass dafür eine Lösung gefunden wird. Auch Polen ist in hohem Maße von Schwedt abhängig. Schwedt produziert auch sehr viel Ware für den polnischen Markt. Die polnischen Raffinerien schaffen es nicht, den eigenen Markt voll zu decken, sodass die nach wie vor von diesen Importen abhängig sind. Von daher gehe ich davon aus, dass sie dem Transport von Danzig nach Schwedt zustimmen werden, wenn sie gewisse Mengen abbekommen.

Die Preisentwicklung in unserer Region wird sich natürlich dem erhöhten logistischen Aufwand anpassen. Das ist ganz klar. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass Heizöl und auch Dieselkraftstoff mit Sicherheit nicht preiswerter werden. Ob es sehr viel teurer wird, hängt ein bisschen von der gesamten Weltmarktlage ab. Darauf haben wir keinen Einfluss. Wenn es in China weitere Lockdowns gibt und die weltweite Nachfrage und der Rohölpreis ein bisschen schwächeln, kann es sein, dass wir trotz erhöhtem Logistikaufwand auf dem gleichen Preisniveau bleiben, aber das ist wirklich ein Blick in die Glaskugel.

Schwedt hat immer betont, dass sie auf die Qualität des russischen Öls angewiesen sind. Die Qualität des russischen Öls ist tatsächlich gar nicht so ausgezeichnet gewesen. Da sind sicherlich Prozessumstellungen notwendig, aber dass jetzt über Danzig Öl nach Schwedt geflossen ist, zeigt, dass die Umstellung nicht unmöglich zu sein scheint. Das heißt, ich gehe davon aus, dass eine Qualitätsanpassung, um die neuen Rohprodukte zu verarbeiten, in wenigen Wochen über die Bühne laufen könnte.

Durch den Mangel an Rohöl in Schwedt und die reduzierte Produktion kommt es logischerweise auch zu Mangelerscheinungen bei den Nebenprodukten, die für Schmierstoffhersteller und für die Bauindustrie wichtig und interessant sind. Die Raffineriekapazitäten in Europa laufen im Großen und Ganzen an der Obergrenze. Man kann jetzt nicht sagen: Okay, wir fahren jetzt mal Karlsruhe oder so was noch ein bisschen hoch. – Die laufen alle an dem, was sie können. Das heißt, Nebenprodukte können zwar von weiter her geholt werden. Das ist aber für die Firmen hier in der Region, die darauf angewiesen sind, ein extremer Preisfaktor und stellt die Firmen vor enorme Herausforderungen. Wenn zum Beispiel Bitumen nicht eben mal schnell aus Schwedt für den Straßenbau und sonst was geholt werden kann, sondern man muss dafür nach Hamburg, Karlsruhe oder sonst wohin fahren, dann ist das natürlich eine ganz andere Hausnummer. Das dauert länger. Das ist viel komplizierter. Das Bitumen muss heiß transportiert werden, denn wenn es im Auto kalt wird, dann kann man das Auto komplett in die Presse schmeißen. Sollten in unserer Region die Preise im Gegensatz zum Rest von Deutschland signifikant steigen, kann man davon ausgehen, dass die Konzerne mehr Öl oder

Raffinerieprodukte hier in die Region schicken, weil sich einfach hier mehr Geld verdienen lässt. Das ist auf der einen Seite für die Verbraucher schlecht, weil sie mehr bezahlen müssen. Auf der anderen Seite stützt das ein bisschen unsere Versorgungssicherheit. Wir werden darauf angewiesen sein, aus anderen Regionen Öl zu bekommen. Ich gehe davon aus, dass es möglich ist, dass wir wirklich, was Raffinerieprodukte betrifft, heil durch den Winter kommen. – Keine Ahnung! Ein kalter Winter wird wahrscheinlich nicht gehen.

Uns führt zusätzlich zu einer Herausforderung, dass einige Heizkraftwerke in Berlin von Gas auf Öl umgestellt haben. Die haben einen ganz enormen Verbrauch. Wenn man die Heizkraftwerke Neukölln und Adlershof zusammennimmt, dann brauchen die ungefähr 14 000 Liter pro Stunde. Das sind Mengen. Wenn man noch ein bisschen Industrie dazu nimmt, Philip Morris und Mercedes-Benz, dann kommt man pro Tag auf 300 000 Liter, die vorher in Gas waren und die im Moment in Öl sind. Das muss zusätzlich transportiert werden. Das muss zusätzlich produziert werden. Ich habe große Hoffnung, dass zusammen mit der Gaspreisbremse diese Firmen vielleicht doch wieder umschwenken, was uns wahrscheinlich wieder zu Problemen bei der Bevorratung mit Erdgas führt. Ich weiß es nicht, ich kann es nicht gut beurteilen. Dafür haben wir andere Fachleute hier im Plenum. – Ich hoffe – – [Zuruf von Martin Trefzer (AfD)] – Bitte? Politik?

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Herr Trefzer! Sie sind nicht zu hören. Wenn Sie einen Zuruf machen wollen, dann machen Sie das Mikro an, und dann machen Sie!

**Martin Trefzer (AfD):** Ich hatte gefragt, welche Gespräche Sie mit dem Senat oder mit der Bundesregierung über diese mögliche Mangellage geführt haben und welche Vorkehrungen getroffen wurden?

**Frithjof Engelke (UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V.):** Tatsächlich gibt es darüber so gut wie gar keine Gespräche. Das Problem – Öl oder auch feste Brennstoffe – ist in der Politik bisher gar nicht angekommen, auch jetzt im Nachhinein. Das ist das Gute, was ich schon zu Anfang gesagt hatte: Die meisten privaten Kunden haben ihren Tank voll. Es wird meines Erachtens so gut wie keinen privaten Ölkunden geben, der im Winter zittern muss. Das sind ein paar wenige, die sich es bisher noch nicht leisten konnten, den Tank vollzumachen oder so viel einzukaufen, dass es für den Winter reicht. Die werden sicherlich nachkaufen. Das kriegen wir auch problemlos geregelt. Die Ölkunden waren so vernünftig, haben das Geld in die Hand genommen, und das wird uns jetzt im Winter stützen und eventuell dafür auch sorgen, dass wir gut durch den Winter kommen, aber es ist schwer einzuschätzen, weil wir nicht wissen, wie kalt der Winter wird.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Engelke! Nur, der Tank ist irgendwann auch leer, darf ich mal als Hinweis machen. Dann muss der nächste Tank wieder genommen werden. – Dann haben wir als Nächstes Herrn Friedrichs. – Bitte!

**Georg Friedrichs (GASAG):** Vielen Dank! – Ich habe eine Menge Fragen und werde versuchen, die halbwegs strukturiert abzuarbeiten.

Herr King! Sie haben am Anfang nach dem Status der Fernheizkraftwerke gefragt. In der Tat hängt der Wärmemarkt in Berlin zu ungefähr 75 Prozent an Erdgas, und da spielt die direkte Gasversorgung für den Wärmemarkt eine Rolle, aber auch die Tatsache, dass bei den Fern-

wärmeleistungswerken circa 75 Prozent im Normalfall am Erdgas hängen. Die Kunden der Fernwärmelieferanten sind genauso geschützte Kunden wie alle anderen. Der Haushaltskunde ist ein geschützter Kunde. Das ist genau so. Die spannende Frage taucht immer dann auf, wenn auch für die geschützten Kunden das Gas eng werden würde, also wenn man abschalten müsste, um vielleicht Infrastrukturen zu retten über das hinaus, was man im gewerblichen und industriellen Bereich oder bei Schwimmbädern vielleicht auch so hinkriegt. Da gibt es, das habe ich vorhin schon erwähnt, im engeren Sinne keine Regeln. Da ist der Verteiler aufgefordert, das so zu machen, dass möglichst viel Versorgung aufrechterhalten bleibt. Natürlich ist es theoretisch denkbar, dass auch ein Fernheizkraftwerk abgeschaltet wird, und da kommt uns zu pass, dass wir den von Herrn Neldner gerade beschriebenen guten Dialog führen über die Frage: Welche Auswirkungen hat das? Friert eine Fernwärmeleitung ein? – So schnell nicht, die liegt tief, aber Hausübergabestationen sind in zugigen Kellern und frieren ein, und das würde schon reichen. Ein paar geplatzte Hausübergabestationen wären eine ziemliche Katastrophe. Dann läuft so ein Rohr auch mal leer. Also den Dialog gibt es, und der Erhalt der Infrastrukturen, angemessen und rational, wird diskutiert und berücksichtigt bei dem, was da passiert. Das haben wir alle noch nie geübt, aber das wird hoffentlich, sollte es so weit kommen, funktionieren.

Wir wissen deswegen auch, das ist eigentlich nicht mein Turf, welche Fernheizkraftwerke in dieser Stadt bivalent sind, also mit einem anderen Kraftstoff arbeiten können. Das sind Mitte – Mitte kann mit Öl funktionieren – und Klingenberg. Klingenberg könnte mit Öl geheizt werden, und man kann in Moabit noch ein bisschen zwischen Kohle und Holzhackschnipseln, von denen wir jetzt auch gerade gehört haben, dass sie eng werden – – Das große Problem an der Stelle ist immer der Transport. Es gibt zurzeit keine zusätzlichen Binnenschiffe, die Öl nach Mitte fahren. Das geht theoretisch. Das könnte man machen. Dafür gibt es eine entsprechende Anlage, aber die Schiffe gibt es gar nicht. Die kriegen Sie auch nicht dahin, denn die fahren auf der Rheinschiene. Das ist zurzeit sehr lukrativ. Da ist jetzt schon klar, dass man mehr Kohle braucht. Es ist nicht so, dass man sich das wünschen kann, und irgendwo stehen die Transportkapazitäten. Das ist nicht der Fall. Die Kolleginnen und Kollegen von der Fernwärme machen das sehr verantwortlich. Die wissen genau, wie viele Lkws sie brauchten. Das sind in der Tat am Tag schnell 30 für eines dieser Kraftwerke, um die mit Öl zu versorgen – das müssten Sie sich mal vorstellen, wenn die in der Stadt rollen –, und auch die gibt es nicht. Logistikmärkte sind nicht so, dass da irgendwo Lkw-Flotten rumstehen, die man irgendwann bestellt. Ich weiß aber, dass hier sehr verantwortlich agiert wird. Das geht hin bis zu sehr engen guten Kontakten zur Bundeswehr durchaus mit Beteiligung des Senats, wo man sagt: Wie sieht es aus in einem solchen Fall? Wer hilft hier? Wie macht man das? – Im Kern: Die Speichervorräte reichen wenige Tage bei diesen bivalenten Kraftwerken. Das bringt uns nicht, wenn es mal richtig eng wird, durch die Zeit. Das reicht nicht aus. Guter Dialog: Nicht sehr wahrscheinlich zurzeit, aber ich glaube nicht, dass wir hier noch großartig andere Sachen machen könnten.

Herr Taschner! Sie haben ein paar Fragen gestellt, wie es im nächsten Jahr aussehen könnte, jetzt schon im Winter, vielleicht im nächsten Winter mit ... [unverständlich] aus Wasserstoff. Haben wir da Entlastung? Können wir die auf dem Gebiet erreichen? – Ich glaube, da ist die Antwort eher nein, weil wir hier über Bereiche reden, die immer einen investiven Anteil haben. Sie können keine Biogasanlage sich so hinstellen. Wir sehen einen leichten Anstieg der Anschlussvorhaben bei Biogas. Eine Zeit lang war das mehr oder weniger tot, weil es nicht mehr gefördert wurde. Da sehen wir: Es kommt, und das ist gut. Wir können jede Kilowatt-

stunde Biogas gut gebrauchen und auch einspeisen. Biogas ist ganz einfach verträglich in den heutigen Infrastrukturen. Das funktioniert. Wasserstoff ist schwierig. Es gibt so gut wie keinen Wasserstoff und schon gar keinen grünen, und darum muss es am Ende gehen. Wasserstoff ist nicht vorhanden. Wasserstoff können Sie nirgendwo abbauen. Wasserstoff ist nicht ein Energieträger wie Erdgas, sondern Wasserstoff müssen Sie erst immer schaffen. Da müssen Sie erst Energie reinstecken, und wenn Sie fossile Energie reinstecken, haben wir noch nicht viel gewonnen, sondern Sie müssen im Zweifelsfall Wasserstoff mit grüner Energie herstellen, und an den Erzeugungskapazitäten für grüne Energie arbeiten alle. Ich glaube, das ist erkannt, aber auch das dauert. Die jüngsten Ausschreibungen für Windenergie in Deutschland waren unterbelegt. Da war mehr Ausschreibungsvolumen im Markt, als dann gezeichnet worden ist. Das ist die Realität, in der wir uns noch befinden. Das dreht sich. Hier gibt es viel gute Aktivität. Aber sehe ich massiv Erneuerbare in zwei Jahren? – Wohl nicht! Die nächsten beiden Winter arbeiten wir im bestehenden System.

Trotzdem, und die Frage kam auch an anderer Stelle mehrfach: Natürlich ist der einzige Weg aus dieser Situation der massive Ausbau der Erneuerbaren. Der Aufbau einer erneuerbaregestützten Energieversorgung ist der einzige Weg, wie wir mittelfristig rauskommen, aber mittelfristig ist eben nicht zwei Jahre, sondern wir reden über drei, vier, fünf, zehn, fünfzehn Jahre. Das sind die Zeiträume, in denen sich das bewegen wird, und da spielt dann auch das Thema Wasserstoff, das an zwei Stellen angesprochen wurde, genau dieselbe Rolle. Für Wasserstoff gilt dasselbe, denn wir brauchen Wasserstoff in der Zukunft im Wesentlichen nicht klassisch als Ersatz für das Erdgas. Wie gesagt, Wasserstoff muss man erst herstellen. Den können wir mit Pipelines aus Russland holen, es sei denn, er wird da vielleicht erneuerbar hergestellt, das könnte schon sein, sondern wir müssen ihn erst herstellen, aber wir brauchen Wasserstoff zur Absicherung eines künftigen, im Wesentlichen stromgeführten Systems. Wir brauchen ein Speichermittel, wir brauchen ein Transportmittel. Wasserstoff lässt sich viel leichter transportieren als Strom, gerade über lange Distanzen, und Wasserstoff lässt sich speichern. Wir müssen Energie aus dem Sommer in den Winter bringen, und das wird die Rolle von Wasserstoff sein. Sie haben recht, Herr Taschner! Wir verkaufen schon ein Gasprodukt, das auch Wasserstoff enthält, aber das ist ehrlicherweise homöopathisch. Das ist ein Einstieg. Wir wollen zeigen, dass es geht, dass man es kann, aber das ändert nicht die Versorgungslage in den nächsten Jahren.

Zum Wasserstoff, wenn ich das noch sagen darf, wurde auch die Frage gestellt, was die Politik tun kann, um das zu befördern. Müssen wir nicht schneller in den Wasserstoffbereich einsteigen? – Ja, das müssen wir. Ich glaube, es gibt jetzt einen Mainstream, jedenfalls ein breites politisches und auch gesellschaftliches Bekenntnis dazu, dass wir mehr für die Erneuerbaren machen müssen, so lästig es häufig ist. Niemand wohnt gern direkt neben einer Windmühle. Aber wir brauchen ehrlicherweise dasselbe Verständnis für den Wasserstoff. Beim Wasserstoff höre ich immer die Diskussion: Aber haben wir denn genug? Wo kommt denn der her? – Das ist aus meiner Sicht nicht die richtige Frage. Wir wissen, dass auch der Ausbau der Erneuerbaren schwierig ist, und trotzdem sagen wir, dass es gelingen muss. Es muss klappen, weil wir keine richtige Alternative haben. Dasselbe gilt ehrlicherweise für den Auf- und Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft. Es muss klappen, denn wir werden es in dem Moment brauchen, wo wir keine fossilen Energieträger mehr zur Verfügung haben, um das Land am Laufen zu halten, im Winter, in den industriellen Nutzungen. Wir werden es brauchen, auch in einer Stadt wie Berlin.

Da finden die spannenden Diskussionen natürlich auch bei uns statt. Wir müssen sehen, dass wir eine Wärmeplanung hinkriegen, die auch solche Planungen, Wasserstoffnetze und so was, enthält. Damit müssen wir heute anfangen, nicht erst in fünf Jahren. Aber ehrlicherweise finden diese Diskussionen im Wesentlichen international statt. Es tobt ein wahrscheinlich unbemerkter Verteilungskampf um die Frage, wer zuerst in diese Wasserstoffwelt startet. Wer das mal verfolgt, dem ist vielleicht das Wort IRA bekannt. Das ist nicht etwas Irisches, sondern etwas Amerikanisches. Da geht es um den Inflation Reduction Act, und die Amis haben gerade entschieden, dass sie jedes Kilo Wasserstoff mit 3 Dollar sponsern wollen mit einem erheblichen Milliardenvolumen. 50 Milliarden Euro liegen da auf dem Tisch. Wenn das so kommt und Europa nichts macht, dann wird die Elektrolyseurkapazität der nächsten Jahre, die wahrscheinlich in Deutschland gebaut wird, nicht in Deutschland und Europa aufgestellt werden, sondern in Amerika, schlicht, weil es sich lohnt. Das wäre eine mittlere Katastrophe für das, was wir hier vorhaben.

Wir brauchen das Bewusstsein, dass man auch das Wasserstoffthema aktiv treiben muss, und zwar parallel zu den Erneuerbaren, um die Erneuerbaren möglich zu machen. Sie sehen mich da leidenschaftlich, weil das gerade alles passiert, und das geht ein bisschen unter in den Krisendiskussionen, die wir führen, aber wir haben hier einen erheblichen Bedarf. Ich hoffe, dass das die eine oder andere Frage zum Thema Wasserstoff klärt. Wir brauchen eine, ich nenne das mal, regionale Wasserstoffinfrastruktur. Die können wir – Herr Stroedter hat die Frage gestellt – zu einem sehr großen Teil aus den bestehenden Gasinfrastrukturen entwickeln. Die wird etwas anders aussehen. Die wird deutlich kleiner sein als das, was wir heute haben. Wie klein, wie groß, ist heute schwer vorherzusagen. Ich kann aber sicher sagen, wenn man mal ein Beispiel nutzt: Kochgas werden wir vermutlich nicht mit Wasserstoff ersetzen, und wir haben 200 000 Kochgaskunden in dieser Stadt. Die werden vermutlich in 15 Jahren mit Strom kochen. Die Aficionados, die gern mit Gas kochen, müssen eine Gasflasche kaufen. Das wird sich ändern. Wir werden das Netz daraus entwickeln müssen, hoffentlich rechtzeitig, und auch weite Teile Berlins müssen Zugang zu grünem Wasserstoff haben.

Ich habe jetzt noch ein Thema. Ich habe durchaus den leisen Tadel, Herr Taschner, Herr Stroedter, verstanden mit Blick auf das Thema Ersatzversorgung und Grundversorgung. Wenn Sie mir da noch zwei Minuten gönnen, denn ganz banal ist das Thema nicht. Herr Taschner! Sie haben die Musterfeststellungsklage der Verbraucherzentralen erwähnt. Das geht zurück auf den letzten Dezember. Da ist der Startpunkt dieser Diskussion. Sie erinnern sich an die Pleite von Gas.de, ein großer überregionaler Gasversorger. Die hat uns innerhalb weniger Stunden 22 000 Gaskunden in unsere Versorgungspflicht gebracht, denn der Grundversorger Gas – das sind wir in Berlin und in durchaus erheblichen Teilen Brandenburgs – ist dafür verantwortlich, dass niemand im Kalten sitzt. Wir müssen jeden versorgen, und wir tun es auch, entweder in der Grund- oder in der Ersatzversorgung, wenn irgendwo etwas richtig schiefgeht. Wir planen das seriös. Deswegen sind die Preise für die Grundversorgung zurzeit relativ niedrig. Wir kaufen im Vorfeld ein. Wenn dann 22 000 Kunden dazukommen, haben wir für die natürlich nicht eingekauft. Das passierte Anfang letzten Dezember, der erste große Gaspreispeak, Preise bei 130 Euro für eine Megawattstunde, und wir bepreisten die Grundversorgung zu dem Zeitpunkt noch mit dem Schnitt. Der lag deutlich unter 40 Euro. Dann haben Sie als Grundversorger zwei Möglichkeiten: Sie können sagen: Wir nehmen die alle auf. Herzlich willkommen! Wir sind ja der Grundversorger –, aber dann müssen Sie im nächsten Schritt die Preise für alle Grundversorgungskunden erhöhen, denn wir müssen dann Gas teuer einkaufen. Das führt dazu, dass der Preis der Grundversorgung sofort steigt. Wir haben

als GASAG nichts liegen. Wir haben nicht irgendwo einen Koffer für solche Fälle, sondern das geht dann in die Preisstellung der Grundversorgung. Wir haben uns deswegen damals entschieden, das nicht zu machen, zumal man wissen muss: Gas.de, das sind alles internetaffine Kunden gewesen, sehr preissensibel. Die sind auch zwei Monate später wieder weg, wenn es woanders billiger wird. Die kommen aber natürlich gern zu Ihnen, wenn Sie sagen: Hier ist es jetzt gerade billiger. – Die treffen dort auf eine Kundengruppe, gerade in der Grundversorgung, häufig ältere Menschen, manchmal Menschen, die bei uns im Kundenzentrum stehen und bar zahlen. Das sind Menschen, die vielleicht weniger wechselwillig sind. Also haben Sie eine ganz andere Kundengruppe.

Da hat tatsächlich jemand geklagt. Das ist so. Das Landgericht Berlin hat das ehrlicherweise abgewiesen und das, was wir gemacht haben, bestätigt. Wir haben nämlich damals eine zweite Grundversorgungspreislinie eingeführt. Damals war das rechtliches Neuland, aber es war weißes Land. Es gab keine Regelungen für diesen Fall. Wir kannten es noch nicht, dass solche großen Gasversorger pleitegehen und dass so ein Thema aufkommt. Der Gesetzgeber hat das Problem gesehen – andere haben das auch gemacht, wir waren nicht die Einzigen – und, wie gesagt, vor Gericht haben wir gewonnen. Diese Fälle sind sehr unterschiedlich ausgegangen, aber in Berlin haben wir das gewonnen. Deswegen tue ich mich immer schwer damit, wenn mir jemand sagt: Ihr habt das rechtswidrig gemacht. – Dann würde ich sagen: Wo kommt das her? – Denn die Gerichte haben uns bislang recht gegeben.

Dann haben wir eine gesetzgeberische Aktivität gesehen. Im Osterpaket hat der Gesetzgeber gesagt: Das müssen wir klären –, und hat genau diesen Fall geregelt. Dieser Fall führt jetzt dazu, dass jemand, der pleitegeht mit seinem Internetdiscountanbieter, wie immer man das nennen will, in die Ersatzversorgung kommt und nicht in die Grundversorgung. Das ist in diesem Sommer geregelt worden. So ist die gesetzliche Grundlage. Die Ersatzversorgung ist eine zweite Preislinie. Die liegt in der Regel über der Grundversorgung, und die wird kurzfristig von uns bepreist. Für die kaufen wir kurzfristig ein. Da kommt ein Kunde rein, und dann wird Gas zu den aktuellen Preisen eingekauft, und wir fahren die übrigens 14-tägig nach. Die Ersatzversorgung, die in den letzten Wochen viele so nervös gemacht hat, liegt zurzeit bei gut 12 Cent. Das ist nur noch anderthalb Cent über der Grundversorgung. Aus der Diskussion, die Sie zu Recht in Ihren E-Mailfächern hatten – ich kann die verstehen –, ist ziemlich die Luft rausgegangen, weil die Ersatzversorgung nicht mehr so teuer ist, und weil auch die Kunden, über die wir hier reden, in den Gaspreisdeckel fallen. Also es ist ein vorübergehendes Thema. So viel zu der Klage des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen. Ich habe die bis heute nicht verstanden. Man klagt hier zugunsten von wenigen, sehr preissensiblen, internetaffinen Kunden, die den ganzen Sommer über wenig Geld bezahlt haben, und die dann, wenn es unangenehm wird, in der Grundversorgung, die zufälligerweise, das ist eine historische Neuerung, dass die mal günstiger ist, weil wir konservativ beschafft haben, den Preis sehen wollen. Ich verstehe es bis heute nicht richtig, und ich gucke dieser Musterfeststellungsklage ehrlicherweise ganz entspannt entgegen.

Jetzt haben wir aber ein anderes Thema auf dem Tisch. Jetzt haben wir die Grundversorgungspreise, weil wir fair bepreisen und nicht so tun, als würde eine Gaspreisentwicklung heute die von uns vor einem Jahr beschafften Mengen verteuern – Die kosten immer noch 30 Euro, wenn wir die vor einem Jahr eingekauft haben. Weil wir diese Preise preiswert weitergeben, ist die Grundversorgung tatsächlich mit Abstand der billigste Tarif, den Sie zurzeit in Berlin kriegen können. Da gibt es wirklich eine Regelungslücke, Herr Taschner. Die liegt aber nicht in dem Fall, sondern in einem anderen Fall, nämlich: Was passiert mit jemandem, der kündigt? – Wir haben nicht nur Kunden, die durch eine Insolvenz zu uns gespült werden. Da ist jetzt klar, der Gesetzgeber hat es geregelt, dass die für drei Monate in die Ersatzversorgung gehen. Was passiert mit den Kundinnen und Kunden, die sagen, das wird mir hier zu teuer, der Anbieter x hat den Preis vervierfacht? – Das ist im Gesetz nicht klar. Da haben viele Stadtwerke, gerade kleinere, den es wirtschaftlich nicht gut geht, gesagt: Die gehen natürlich auch in die Ersatzversorgung – und handhaben das so. Das gibt es.

Große, seriöse Anbieter wie meinerwegen die Stadtwerke München oder auch eine GASAG machen das anders. Wir nehmen diese Kunden selbstverständlich sofort in die Gasgrundversorgung auf, so schwierig das ehrlicherweise ist, denn das sind Menschen, die auch mit einem Preissignal zu uns kommen, und die sind vielleicht auch schnell wieder weg. Aber da lassen wir uns auf keinen Streit ein. Die kommen in die Grundversorgung. Wir haben sogar mühsam alle Kunden, die in diesen Wirren zwischen der Gesetzneumachung noch in der Ersatzversorgung gelandet sind, rückgebucht. Das war ein erheblicher Aufwand.

Jetzt kommt der Fall, um den es eigentlich geht. – Sorry, dass ich so lange reden muss, aber sonst kann man das nicht verstehen! – Dieser, ich nenne es mal, barrierefreie Zugang zur Grundversorgung gilt für Privatkunden, die mit uns einen Vertrag haben. Der gilt aber nicht für gewerbliche Nutzer, und ein gewerblicher Nutzer ist auch ein privater Vermieter. Der Klassiker, über den wir hier reden, ist das Mehrparteienhaus: zehn Wohnungen, zwei Gewerbeflächen. Der Vermieter gibt das an seine Mieter weiter, und es ist absolut richtig: Aus Sicht des Mieters, der sagt: Ich bin doch hier nur ein Mieter, warum soll ich einen Ersatzversorgungspreis zahlen, und andere kommen in die Grundversorgung? –, ist das schwer nachvollziehbar. Aber hier ist ehrlicherweise das Gesetz relativ klar. Das ist kein Grundversorgungskunde, und es gilt wieder dasselbe: Wenn wir diese Kunden – Und da kommen dann große Pakete – das ist nicht nur das eine Mehrfamilienhaus, da haben wir in der Vergangenheit meist eine Lösung gefunden –, dann sind wir wieder in genau derselben Situation: Die gesetzliche Regelung ist an der Stelle klar, da gibt es keine Lücke: Das sind keine Grundversorgungskunden. Die gehören in die Ersatzversorgung. Wenn wir die in die Grundversorgung nehmen – Eine Zeit lang hatten wir Preise, da war die Ersatzversorgung eher bei 30 Cent, die der Vermieter seinen Mietern weitergibt, und auf der anderen Seite haben wir eine Grundversorgung, die bei 12 Cent war. Das ist für den Mieter kaum nachzuvollziehen, aber die gesetzliche Regelung ist hier klar. Wir verhalten uns so, wie das Gesetz das von uns gerade will. Ich bitte eine Sache zu verändern: Wir haben es hier mit – Das sind keine Leute, die vorher bei uns waren, sondern das sind Vermieter, die vorher genauso preissensibel unterwegs waren. Der Klassiker waren die Stadtwerke Flensburg, die alle abgeschossen haben, die nicht in Flensburg waren, und all ihren Kunden woanders gekündigt haben. Das heißt, wir haben es auch hier mit Leuten zu tun, die sehr preissensibel sind. Die kommen dann zu uns in die Grundversorgung. Wir kaufen für die ein nach den konservativen Grundsätzen, die wir haben, sprich, mit anderthalb Jahren Vorlauf, aber Sie werden sehen: Wenn in zwei Monaten die Preise sinken, dann sind diese Kunden wieder weg. Was passiert dann? – Für die Leute, die in

der Grundversorgung bleiben, weil sie nicht so internetaffin sind, erhöhen wir die Preise. Dieser erkennbare Wunsch, in der Grundversorgung zu sein, in einem System, das so flexibel ist, wie die Grundversorgung heute ist, stresst die Grundversorgung erheblich. Ich finde schon, dass wir für uns in Anspruch nehmen können, dass wir das System der Grundversorgung gängig gehalten haben. Wir haben fair bepreist. Das machen wir bis heute mit einer ordentlichen Preisstellung. Ich verstehe den Fall aus Sicht des einzelnen Mieters, aber ich bitte darum zu sehen, was das mit der Grundversorgung anrichtet, wenn jeder, der sagt: Ich will da rein –, da auch reinkommt. Das ist nicht so banal. Dann müsste er wenigstens bleiben. Das tut er aber nicht, das wird er nicht machen. Ich weise auch noch mal darauf hin: Das Problem hat sich gerade fast erledigt. Die kommen in die Gaspreisbremse – das ist das eine –, und zurzeit ist der Preis für die Ersatzversorgung bei 12 Cent, seit Anfang November. Wir preisen den alle 14 Tage ehrlich hinterher. Ich habe die Hoffnung, dass wir da halbwegs rauskommen.

Was ich auch noch sagen kann: Wir haben ein paar Diskussionen geführt, auch mit Ihnen, Herr Schopf. Natürlich gab es hier ein erkennbares politisches Interesse, diese Fälle zu regeln, und wir haben das in der Regel bei den einzelnen Fällen, die zu uns gekommen sind, auch irgendwie hinbekommen. – Das war jetzt lang, aber sonst kann man das Thema eigentlich nicht richtig verstehen.

Ich hoffe, dass ich alle Fragen erwischte habe. – Es gab noch eine Frage zum LNG, ob wir hier einen preisdämpfenden Effekt sehen werden. Ja, das haben wir. Es gibt einen Aspekt Versorgungssicherheit, aber wenn man die heutigen und die Preisniveaus der vergangenen Monate anschaut, dann hat LNG einen preisdämpfenden Effekt. Der ist aber sehr schwer vorhersehbar. LNG hat eine hohe Preisvolatilität, weil der Preis stark von der internationalen, vor allen Dingen asiatischen Nachfrage abhängig ist. Aber wenn man mal auf die Preisniveaus von LNG vor der Krise guckt, dann lagen die so bei 70 Euro bis 80 Euro, auch vor der Krise, während wir europäisches Pipelinegas zu Preisen unter 20 Euro bezogen haben. Zu hoffen, dass eine LNG-Wirtschaft, damit der leichtere Zugang zu internationalen Erdgasvorkommen, uns die Preisniveaus von vor anderthalb Jahren zurückbringt, das darf man nicht. Ich glaube eher, dass wir uns auf Preisniveaus einstellen müssen, die in diesem Bereich liegen. Das sind Preise, die europäisch diskutiert worden sind.

Dann war noch die Frage, ob man mit den Lieferanten über Preise reden kann. Ja, es kann einen schon ein bisschen wuschig machen, wenn man sieht, dass wir gerade den norwegischen Staatsfonds füllen mit Geld, das die niemals erwartet haben. Das ist schon so. Das ist ein unerwarteter Segen, der gerade über Norwegen hereinfließt. Aber das ist ein europäisches Thema. Das kann man nur europäisch regeln. Das stößt natürlich auf sehr unterschiedliche Interessen. In Europa haben nicht alle dasselbe Problem. Ehrlicherweise hat Deutschland das Problem am allerstärksten. Wir sind am meisten exponiert, was Erdgas angeht. Habe ich große Hoffnung, dass es zu einer europäischen Preisdeckelung, Einkaufsgestaltung kommen wird? – Ehrlicherweise nein! Das sehe ich nicht. Da jetzt auch der Druck aus den Märkten geht, würde ich das erst mal nicht sehen. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen, jedenfalls im Kern, erwischt. Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Gut! Vielen Dank! – Dann Herr Kapferer als Nächster, bitte!

**Stefan Kapferer** (50Hertz Transmission GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe versucht, die Fragen, die an mich gerichtet waren, in drei Blöcke einzuteilen. Der erste Block

bezog sich auf die Frage nach Erzeugungskapazitäten. Es wurde zum einen gefragt: Wie wäre es denn, da viel der Stromerzeugung in Berlin auf Gas basiert, wenn das ausfallen würde? – Da bitte ich, zuallererst zu berücksichtigen, dass es sich normalerweise in Berlin um gekoppelte Erzeugung von Wärme und Gas handelt und damit schon ein relativ unwahrscheinliches Szenario ist, dass es vorkommen kann, dass in Berlin die gesamte Wärmeerzeugung gleichzeitig ausfallen würde.

Zum Zweiten: Herr Neldner und ich haben vorhin die Wiederinbetriebnahme der beiden Sicherheitsbereitschaftskraftwerke in Jänschwalde besprochen. Die beiden haben eine Erzeugungskapazität, die in etwa der elektrischen Erzeugungskapazität der Kraftwerke in Berlin entspricht. Das macht schon mal deutlich, dass wir jetzt Ersatzkapazitäten im System haben.

Dritte Bemerkung zu dieser Frage: Wir haben schon in den ersten drei Quartalen dieses Jahres in unserem Netz von 50 Hertz einen Erneuerbarenanteil von 65 Prozent. Das heißt, der Anteil der Erneuerbaren liegt in Ostdeutschland deutlich über dem Bundesschnitt. Dort liegt er knapp unter 50 Prozent. Wie gesagt, bei uns im Netz werden etwa zwei Drittel der gesamten Stromnachfrage durch Erneuerbare abgedeckt. Der eine oder andere wird wissen, dass wir uns als Unternehmen das Ziel gesetzt haben, bis 2032 auf 100 Prozent Abdeckung der Nachfrage nach Strom im Netzgebiet aus Erneuerbaren zu kommen. Das beinhaltet schon die Annahme, dass der Stromverbrauch in Ostdeutschland und Hamburg um 30 bis 40 Prozent ansteigt. Das ist dann auch das Thema, das hier verschiedentlich genannt worden ist, nämlich die Frage, wie es mit Elektrolysekapazitäten aussieht. Müssten die nicht auch in Berlin stehen? Wir sehen in vielen brandenburgischen Gemeinden im Moment kleinere Projekte. – Um ehrlich zu sein: Herr Taschner! Wir haben beide Entwicklungen. Wir werden ganz klar an der Ostseeküste massive Investitionen in Elektrolysekapazitäten zur Erzeugung von grünem Wasserstoff sehen. Wir haben aber in unserem Netzgebiet auch heute schon genau die Situation, dass in Eisenhüttenstadt beim Stahlwerk, in Leuna beim Chemiedreieck Elektrolysekapazitäten aufgebaut werden, wohin wir dann den Strom transportieren müssen, damit die dann laufen können. Das werden wir, da bin ich sicher, auch in Berlin sehen. Trotzdem hat der Kollege Friedrichs absolut recht. Es macht durchaus Sinn, eine entsprechende Infrastruktur für den Direkttransport von Elektrolysekapazitäten vorzuhalten.

Letzte Bemerkung zu den Erzeugungskapazitäten: Es war nach der Notwendigkeit der Atomkraftwerke im kommenden Winter oder möglicherweise über den kommenden Winter hinaus gefragt worden. Da will ich in Erinnerung rufen, dass der Stresstest vor allem herausgearbeitet hat, dass wir diese Atomkraftwerke, insbesondere die beiden im Süden Deutschlands, aus Redispatchgründen brauchen. Das heißt, wir brauchen gesicherte Leistung im System gerade deshalb, weil wir an der französisch-deutschen Grenze die Situation haben, über die wir heute schon mehrfach gesprochen haben. Die reine Stromerzeugung aus diesen Atomkraftwerken beläuft sich nach unseren Abschätzungen in dem Zeitraum auf 5 Terawattstunden. Das ist nicht nichts, ganz klar, aber es ist verglichen mit dem Gesamtbedarf, den wir in Deutschland haben, am Ende trotzdem eine vergleichsweise kleine Menge. Da alle Indikationen, die wir heute haben, darauf hindeuten, dass die Situation bei den französischen Kernkraftwerken sich im nächsten Winter anders darstellen wird als in diesem, wird hoffentlich das Redispatchproblem, das wir in diesem Winter gesehen haben, nicht mehr existieren, und damit entfällt ein wesentlicher Grund, warum wir empfohlen haben, die Atomkraftwerke in diesem Winter weiter in Betrieb zu halten.

Der zweite Block bezieht sich insgesamt auf die Frage nach den Netzinfrastrukturen. Da wurde einmal nach den Entwicklungen bei den Netzentgelten gefragt. Die Netzentgelte wären auf der Übertragungsnetzseite im kommenden Jahr massiv angestiegen, um 250 Prozent. Das wird, wie Sie wissen, nicht eintreten, weil der Bundesgesetzgeber sich entschieden hat, das Übertragungsnetzentgelt mit insgesamt 12,8 Milliarden Euro nicht abgerufener Mittel, Zuschuss EEG-Umlage, auszugleichen. Es war jetzt die Frage: Was ist eigentlich von diesem Anstieg auf die Ausbaumaßnahmen zurückzuführen, und was kommt woanders her? – Der Anteil der Ausbaumaßnahmen in diesen 12,8 Milliarden Euro ist unter den 800 Millionen Euro, also ein ganz kleiner Anteil, wenn es um das Übertragungsnetzentgelt geht. Zu den Verteilnetzsituationen wird der Kollege Neldner sicherlich etwas sagen können. Der weit überwiegende Teil dieser 12,8 Milliarden Euro kommt aus den massiv gestiegenen Strompreisen und den massiv gestiegenen Redispatchkosten, Engpassmanagementkosten. Das heißt, wenn es wieder zu einer Normalisierung der Energiemärkte kommt, werden wir hoffentlich da auch wieder eine Reduktion sehen. Der Ausbau der Netzinfrastrukturen ist nicht der Hauptpreistreiber. Trotzdem, auch das gehört zu Wahrheit dazu, werden wir einen weiteren Anstieg der Netzentgelte in den kommenden Jahren sehen, weil wir massiv in die Netze investieren müssen.

Im Hinblick auf den Netzausbau für die Stadt Berlin wissen Sie alle, dass wir derzeit die Kabeldiagonale von der Rudolf-Wissell-Brücke bis hier nach Mitte bauen, um eine alte Leitung, die mit 220 kV betrieben wird, durch eine neue 380-kV-Leitung zu ersetzen. Es ist vielleicht nicht allen bewusst, dass es zwei weitere Kabelprojekte von Norden und Süden gibt, nämlich einmal von Malchow und einmal von Mahlow, einmal nach Reuter und einmal nach Mitte, die im Netzentwicklungsplan für 2035 drin sind und die bis dahin fertiggestellt werden sollen. Das hat zwei Gründe, zum einen die Annahme, dass der Stromverbrauch in der Stadt Berlin weiter ansteigt. Natürlich gibt es ambitionierte Pläne, was den Ausbau der Photovoltaik angeht, und das wird helfen, aber wenn wir Transport, Wärme und immer mehr Dinge mit Strom betreiben wollen, wird der Stromverbrauch insgesamt zunehmen. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Die zweite Seite der Medaille, das wissen Sie, ist die Sicherheit der Infrastruktur selbst, denn die frühere Teilung hat bis heute eine Auswirkung, dass das Netz an der Stelle weniger resilient ist, als wir es in anderen Metropolen Europas gewöhnt sind, und deswegen macht es Sinn, von Nord und Süd noch mal mit entsprechenden Kabelprojekten die Sicherheit zu erhöhen.

Letzte Bemerkung zum Block Netze: Es wurde nach der Zusammenarbeit mit dem Senat gefragt. Die ist gut, aber natürlich gibt es in einer Großstadt wie Berlin bei Netzausbauprojekten, und das kann der Kollege Wolfgang Neldner sicherlich bestätigen, immer wieder Herausforderungen, denn Baumaßnahmen sind mit Lärm verbunden. Natürlich müssen wir mit der Umweltsenatorin über Lärmschutzmaßnahmen sprechen. Natürlich ist das mit Transportthemen verbunden, natürlich brauchen wir Flächen. Ich habe eben die Projekte angesprochen, die zukünftig von Nord und Süd in die Stadt reinkommen. Wenn zum Beispiel auf dem ehemaligen Flughafen Tegel dann entsprechende Entwicklungen entstehen, gibt es dort auch wieder die Notwendigkeit, Umspannwerke und Verteilnetzstationen vorzuhalten. Diese Flächenfragen sind Fragen, wo wir elementar auf die Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung und den Bezirken angewiesen sind, und – da darf man sich nichts vormachen – das werden Fragen sein, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch herausfordernder werden.

Letzter Block: Das war die Frage – Herr Wolf hatte sie gestellt – nach dem Ablauf bei der Lastabschaltung. Ich kann erst mal das Kompliment des Kollegen Neldner an die Kollegen und Kolleginnen von der Stromnetz Berlin zurückgeben. Das ist eine exzellente Zusammenarbeit. Ich will ganz kurz erläutern, wie Sie sich vorstellen müssen, wie das ablaufen würde, will aber vorwegschicken: Das ist natürlich ein Notfallszenario. Das ist kein Szenario, von dem wir uns gemeinsam wünschen, dass es eintritt, Sie sich nicht, wir uns auch nicht. Weil eben das Stichwort Ukraine fiel: Wir alle können im Moment tagtäglich in den Medien verfolgen, was es bedeutet, wenn man kontrolliert für einzelne Stadtviertel für vier Stunden den Strom abschaltet. Das ist machbar, und das ist deshalb sinnvoll, weil es den unkontrollierten Zusammenbruch eines Systems verhindert, der dann sehr viel schwerwiegender wäre, denn die Erfahrung in der Ukraine ist, dass sie nach dem Ablauf dieser vier Stunden sofort wieder den Betrieb des Stromnetzes in diesem Stadtviertel herstellen, dass der Strom wieder da ist und die Betriebe und die Kühlschränke wieder laufen und die Handys wieder geladen werden können, aber trotzdem ist das ganz klar eine Notfallmaßnahme.

Der Ablauf wäre wie folgt: Es gibt zwischen 50Hertz und den in unserem Netzgebiet ansässigen Verteilnetzbetreibern, auch der Stromnetz Berlin oder in Brandenburg der E.DIS, täglich zwischen 16.30 Uhr und 18 Uhr eine Abstimmung über die Prognose für den Folgetag. Ich habe vorhin schon mal das Stichwort genannt: Gibt es zum Beispiel eine hohe Nachfrage? Gibt es möglicherweise eine Windflaute zu einem bestimmten Zeitpunkt des Tages? Ist es bewölkt, und fallen vielleicht auch noch in Jänschwalde irgendwelche Erzeugungskapazitäten wegen Revision am kommenden Tag aus? Für den zum Glück normalerweise nicht eintretenden Fall, dass wir nicht in der Lage wäre, entsprechende Strommengen heranzutransportieren, um all diese Sachverhalte auszugleichen, gibt es einen prozentualen Verteilungsschlüssel zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber und den einzelnen Verteilnetzbetreibern, wer wie viel Last für den Tag aus dem System nehmen muss. Dazu gibt es im Moment eine telefonbasierte Abstimmung am Tag davor. Am Tag selbst, wenn der Fall wirklich eintreten sollte – es kann sich immer noch etwas ändern, es kann plötzlich doch noch Strom aus Polen zur Verfügung stehen, es kann doch die Wolkenfront woanders langziehen und es steht doch mehr PV zur Verfügung –, dann wird kurz vor Abruf noch mal erstens digital und zweitens telefonisch mit dem Verteilnetzbetreiber die entsprechende Abrufsituation angefordert, und dann ist es in der Verantwortung des jeweiligen Verteilnetzbetreibers, beziehungsweise in unserem Fall – wir haben Stahlwerke und die Deutsche Bahn AG bei uns am Netz – würden wir selbst dafür sorgen, dass die entsprechende prozentuale Menge abgeschaltet wird. Das ist ein etabliertes System. Wir haben das immer wieder geübt, auch jetzt noch mal vor dem Winter, Wolfgang Neldner hat es erwähnt, und wissen, dass der Prozess funktioniert. Trotzdem ist unser gemeinsames Ziel, ich glaube, da kann ich für uns beide sprechen, dass wir diese Übung nicht im Ernstfall in diesem Winter einsetzen müssen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kapferer! – Dann, Herr Neldner, haben Sie das Wort.

**Wolfgang Neldner** (Landesbetrieb Berlin Energie): Auch von meiner Seite zu den Fragen die Antworten. Ich würde wie Herr Kapferer mit dem Thema Kernkraftwerk beginnen. Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen erschrocken. Es geht nicht um die paar Monate oder um ein paar Tage. Es wird schon aus einigen Reihen die Forderung erhoben, und so habe ich das zumindest ein Stück weit wahrgenommen, dass wir nicht über Monate, sondern über Jahre reden. Ich komme aus dieser Branche. Ich bin mit Kernkraftwerken großgeworden. Ich habe das

Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ in Lubmin unter anderem mit großen Teilen der ehemaligen DDR verbinden dürfen. Es ist mir ein Stück weit ein Rätsel, wie man nach Fukushima – – Ich habe mir in Vorbereitung auf heute, weil ich das ein bisschen geahnt habe, Presseerklärungen und Erklärungen von Politikern aller Parteien nach Fukushima angeguckt. Ich weiß nicht, wie man das so wenige Jahre danach vergessen kann, insbesondere wenn man das hier in Berlin formuliert. Ich will meinen Enkeln nicht erklären müssen, dass ich in irgendeiner Weise teilgenommen habe an einem Fortbetrieb einer Technologie, die einfach menschenverachtend ist.

Ein Kernkraftwerk, rein technisch gesprochen, kann man nicht abschalten. Frau Merkel war damals sehr überrascht, dass das so ein schlimmes Thema ist, aber es ist einfach so: Man kann es nicht abschalten. Man muss es über viele Hundert Jahre in irgendeiner Weise restbetreiben. Darüber sollte man sich im Klaren sein, wenn man zu schnell so eine Frage stellt. Meine Antwort ist hier ganz klar: Wo ich Einfluss habe, werde ich dagegen auftreten, und zwar sehr fundamentiert und sehr argumentiert. Man muss bloß mal in so ein Kernkraftwerk fahren. Dann weiß man, wie viele Störfaktoren sich dort befinden. Die Kollegen können gar nichts dafür. Das ist einfach die Technologie. Vielleicht werden zukünftige Anlagen, die kleinen Kernkraftwerke, die Minikernkraftwerke, die weltweit im Vorlauf sind, mal eine Zukunft, aber nicht Anlagen, wie wir sie hier in Deutschland haben, im Gigawattbereich, ganz bestimmt nicht. Ich bin da sehr klar. Sie haben um eine klare Aussage gebeten. Die kriegen Sie hiermit ganz klar.

Zur Zukunft: Ich bin sehr froh, dass die Frage von mehreren kam, wie denn nun die Zukunft aussehen soll. Ich glaube, eines hat die jetzige Situation wie ein Brennglas gezeigt: dass es tatsächlich darum geht, nicht diesen und den nächsten Winter zu beherrschen. Wir müssen eine Lösung finden, denn das viel ärgere Problem, auch das klang schon an, steht vor uns, und das ist nun mal die Dekarbonisierung. Dann müssen wir so oder so weg von Kohl, Öl und Gas. Das ist beschlossen, darüber brauchen wir jetzt gar nicht zu diskutieren. Das klang bei Herrn Stroedter vorhin an einer anderen Stelle an. Wir haben hier eine Beschlusslage der EU, des Bundes und des Landes, was die Klimaschutzgesetze betrifft, und so richten wir bei Berlin Energie und auch bei der BEN unsere Szenarien aus. Die Entscheidungen fallen natürlich durch die zuständigen Gremien, aber die Berechnungen gehen ganz klar in die Richtung, dass wir auf diese drei Säulen, die Berlin Gott sei Dank hat – – Wir haben ein sehr starkes Gasnetz, 29 Terawattstunden, wir haben ein sehr starkes Stromnetz mit 12 Terawattstunden, und wir haben sehr starke Fern- und Nahwärmenetze unterschiedlicher Ausprägung mit weit mehr als 30 Terawattstunden. Das sind diese drei Infrastruktursäulen. Jede Krise, und wir haben das sehr genau mit der Technischen Universität analysiert, zeigt, dass die Kunst ist, das Win-Win liegt darin, diese Systeme integriert zu nutzen. Die EU-Kommission nennt das richtigerweise den integrierten Systembetrieb. Hier im Abgeordnetenhaus, ich kann mich gut erinnern, genau in diesem Raum, unter Leitung von Herrn Stroedter kam es zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“, und dort gibt es diese nach wie vor für meine Begriffe weitreichende und super Vorgabe des integrierten Netzbetriebes. Genau das ist unser Ziel. Dann merkt man ganz schnell, dass man an vielen Stellen Probleme gar nicht erst lösen muss, weil sie sich gar nicht ergeben. Ich habe heute mehrfach vom Netzflaschenhals oder vom verringerten Netzausbau gehört. Genau das wollen wir nicht tun. Wenn ich die Photovoltaik aufsammle, damit ich sie zum Übertragungsnetzbetreiber transportiere, was durchaus geht – Herr Kapferer hat dazu gesprochen, das ist eine Möglichkeit –, dann baue ich nun mal das Niederspannungsnetz aus, denn dort geht die Photovoltaik rein. Ich baue das Mittelspan-

nungsnetz, das Hochspannungsnetz und das Höchstspannungsnetz, und das ist alles sehr teuer, das haben wir auch gehört. Wir wollen die Netzentgelte in einem Bereich halten, der verträglich ist. Damit muss man diese Fragen sehr sorgfältig angucken. Die Lösung ist relativ einfach, die ist auch nicht neu. Die ergibt sich durch eine dezentrale Verknüpfung der Infrastrukturen. Wie meine ich das? – Ich habe dazu wiederholt in diesem Kreis und in anderen Foren des großen Hauses, des Abgeordnetenhauses, gesprochen. Man muss, das haben die Vorredner durchweg alle gesagt, die regenerativen Energien erst mal ausbauen. Es hat keinen Zweck, wenn ich ein Netz habe, aber ich habe keine Energie. Wir müssen also ausbauen.

Was ist der Status? – Der Status ist sehr traurig. Da muss man die Türen fest zuschließen, aber wir rangieren wirklich ganz weit hinten mit 0,2 Gigawatt Photovoltaik. Das ist eine Schande, da muss man überhaupt nicht drum herumreden. Wir werden alles daran setzen müssen, hier ranzukommen, denn die Vorgabe laut Koalitionsvertrag ist 25 Prozent bei Strom, und das sind 4,5 Gigawatt. Wenn wir das schaffen wollen, müssen wir wirklich unwahrscheinlich – Bei diesem Ausbau der Photovoltaik und Wind kann man etwas tun, bei Geothermie kann man etwas tun. Das steht alles im Koalitionsvertrag. Aber in einer großen Stadt, in einem Ballungsraum wie Berlin, ist die absolute Größe Photovoltaik, und da sind wir ganz am Anfang. Ich kann nur auf die Solarstrategie der EU verweisen, die wir sehr intensiv studieren, die von sämtlichen Flächen spricht. Im deutschen EEG 2023 vom 20. Juli haben wir nur einen Teil dieser Logik aufgegriffen, warum auch immer, aber wir haben nach wie vor in Berlin keinen einzigen Parkplatz mit PV. Das machen uns mittlerweile fast alle Bundesländer vor. Nehmen Sie das Vergnügungszentrum in Chemnitz: Da fahren die Eltern mit ihren Kindern hin, stellen das Auto unter die PV-Flächen der Parkplätze, gehen auf den Spielplatz, kommen wieder, und das Auto ist schön kühl, und man hat dort Strom gemacht. Das ist Zukunft.

Gehen Sie nach Bayern: Dort wird von den Bauern, die Gemüse anbauen, immer mehr auf die neue Technologie gesetzt. Über die Gemüsefelder kommen die Photovoltaikplatten. Das ist für das Gemüse gut, das ist für den Boden gut, keine Austrocknung. Sie müssen nicht mehr sprengen, was sie sowieso nicht mehr können, weil sie kein Wasser mehr haben, und sie haben ordentliche Erträge sowohl beim Gemüse als auch beim Strom. Das ist gut, das ist pfiffig und entspricht exakt der EU-Solarstrategie. Die Liste könnte ich fortsetzen. Wir reden nach wie vor über Dächer. Das ist wirklich das Allerletzte. Wir müssen über die Fassaden sprechen, wir müssen über die S-Bahn sprechen und so weiter. Das ist alles von der EU vorgegeben. Insofern bin ich fest davon überzeugt: Wir werden diesen Ausbau schaffen, und zwar nicht nur für Strom. Die Vorgabe ist 25 Prozent bei der Stromproduktion. Die Vorgabe des Klimaschutzgesetzes ist Dekarbonisierung des Energiehungers von Berlin, und der liegt nicht bei 12 Terawattstunden, der liegt nicht bei 30 Terawattstunden. Der liegt bei 60 bis 80 Terawattstunden. Wir haben also noch viel vor uns, und das ist schaffbar, glauben Sie es mir. Das ist schaffbar. Man muss sich einfach nur umgucken, egal wo, Kalifornien. Die anderen Bundesländer hier in Deutschland habe ich Ihnen genannt. Das ist schaffbar. Aber was gehört dazu, und deswegen habe ich jetzt ein bisschen ausgeholt: Es gehört dazu, dass wir uns auch überlegen, was wir mit der Photovoltaik machen. Die Photovoltaik liegt allein, wenn wir die 4,5 Gigawatt schaffen würden, logischerweise über der Last von Berlin. Logischerweise vielleicht nicht, denn mancher weiß es vielleicht nicht. Aber Herr Kapferer hat es eben schön ausgeführt. Das sind diese 2 Gigawatt. 2 Gigawatt ist etwa die elektrische Last von Berlin. Wir werden die Kurve etwa 2026/2027 schneiden.

Ab 2026/2027 haben wir Tag für Tag, genau wie es im neuen Bundesgebiet heute schon üblich ist, Herr Kapferer hat es gesagt, eine Überproduktion in Berlin. Wohin damit? – Vielleicht zum ÜNB schicken. Das kann sein, wenn wir die Netze haben. Vielleicht hat er dann die Elektrolyseanlagen. Das kann sein. Da wäre ich sehr froh. Wir sprechen darüber und sind eng in Verbindung, aber die gigantischen Mengen müssen am Ende, und da bin ich bei Herrn Friedrichs, natürlich genutzt – ich spreche es klar und deutlich aus – und gespeichert werden. Das ist unsere Logik: dezentrale Speicherung, und dazu braucht man logischerweise, hier schließt sich der Kreis, die Säule Stromnetz, die Säule Gasnetz, die Säule Wärmenetz. Was entsteht bei dieser Elektrolyse? – Natürlich Gas, wohlgerne synthetisches Gas. Da sind wir nicht zusammen, Herr Friedrichs und ich. Ich bin kein großer Freund von Wasserstoff. Das ist der teuerste Energieträger, den man sich vorstellen kann. In den Unterlagen des Landes Berlin finden wir die richtige Begrifflichkeit des EE-Gases, des erneuerbaren Energiegases, also synthetisches Gas und damit auch klimaneutrales Gas, verwendbar in den gleichen Netzen. Wir müssen sie nicht wasserstoffready machen. Wir können aber damit dieses Win-Win sehr klar allen gegenüber darstellen.

Wir können die Photovoltaik ausbauen. Wir können sie nutzen. Bei diesen Umwandlungsprozessen entsteht Wärme, die wir wieder in das Wärmenetz reinbringen können, und es entsteht, nebenbei gesagt, auch Sauerstoff. Den transportieren wir heute für die Abwasserbeseitigung von Ludwigshafen nach Berlin. Auch da haben wir mit den Wasserbetrieben eine sehr enge Zusammenarbeit – oder mit der BSR zum Klärgas. Wenn wir diese Potenziale nutzen, ist es möglich, dass wir ohne gigantischen Netzausbau diese Dinge voranbringen. Das entspräche der Physik. Das entspräche der Nachhaltigkeit. Das entspräche der sozialen Gerechtigkeit, was die Preise betrifft, und nicht zuletzt, das ist mir sehr wichtig, entspräche es auch der Sicherheit. Natürlich können sie zwischen diesen Netzen, integrierter Systembetrieb, sehr gut miteinander kooperierend, koordinierend wirken. Deswegen bin ich auch so froh über die aktuelle Zusammenarbeit, auch wenn sie durch diesen unglückseligen Krieg so massiv forciert wurde. Ich bin dankbar, wie wir das derzeit hinbekommen, mit der NBB, mit dem Kollegen Wortmeier, mit Herrn Friedrichs, und bei der Wärme genauso. Das gibt Kraft. Mir gibt das unwahrscheinlich viel Kraft.

Ich bin bei meinem letzten Punkt, der ist nicht direkt angesprochen worden, aber gehört hier mit dazu: Wir müssen dafür natürlich Ausbildungen tätigen. Wir brauchen unwahrscheinlich viele Menschen, die diese Leidenschaft, dieses Verständnis mitnehmen: Ja, das geht! – Auch da haben wir viele Gespräche mit anderen Berliner Betrieben geführt. Ich kann mir gut vorstellen, dass man da über eine Kooperation für ein gemeinsames Ausbildungszentrum oder viele Aktivitäten, die es bei dem einen oder anderen gibt, nachdenkt, denn hier braucht man natürlich auch neue Berufsbilder: den Kombimonteur, den Kombiingenieur. Wir müssen das Schnittstellenmanagement zwischen diesen Dingen betreiben. Ich habe den Versuch gemacht, einen Elektromann mit einem Gasmann zusammenzubringen und habe gesagt: Diskutiert jetzt mal so eine Power-to-Gas-Anlage. Nach einer halben Stunde floss schon Blut: Die Regel gilt. Nein, die Regel gilt. Meines ist besser. Meines ist wichtiger. – Da haben wir etwas vor uns. Das ist aber auch schaffbar. Kombimonteur gibt es an anderer Stelle in Deutschland, an vielen Stellen. Insofern glaube ich, auch das möglich ist.

Ein allerletzter Punkt: Am schönsten wäre natürlich die Energie, die wir gar nicht verbrauchen. Wir müssen, glaube ich, in der Tat, da bin ich dem Senat, das sage ich hier ganz offen, sehr dankbar für die Initiativen in den vielen Berliner Betrieben, die da mitmachen – die

Charta klang hier kurz an –, den Verbrauch von Energie, und da ist es jetzt egal, ob Wärme, Elektrizität, Gas, wirklich drastisch senken, und da haben wir noch Potenziale. Ich war erschrocken, als vor einigen Wochen Bitkom an die Öffentlichkeit trat und sagte: Keines der Rechenzentren in Deutschland ist so weit, dass sie ihre Wärme nutzen. – Und wir wissen, über welche gigantische Wärme wir sprechen. Ich saß mit jungen Leuten der Stromnetz zusammen, da kam der Finger: Herr Neldner, was ist mit den dicken fetten Trafos von uns und denen von der Stromnetz? Wir waren an der Bissingzeile. Wir werden hier regelrecht gegrillt. Warum wird diese Wärme nicht genutzt? Die Trafos stehen überall in der Stadt, und überall in der Stadt brauchen wir Wärme. – Ich habe geschluckt. Es ist doch ganz klar, wenn du von so einem Azubis zusammengenietet wirst, ist das nicht so ganz lustig. Dann meldete sich noch ein älterer Kollege und sagte: In der DDR gab es so etwas schon. Transformatoren wurden prinzipiell – – Die hatten alle Wärmeverlust für die Wärmenutzung. Da wurde Gemüse gemacht und Wärme und was weiß ich. Auch das ist ein Punkt. Im VKU bin ich bald erschlagen worden ... [unverständlich] noch gar nicht getraut.

Das sind Punkte, auch da müssen wir uns als Branche selber an die Nase greifen und sagen: So, Kinder, ist doch geil. Warum die Luft von Berlin heiß machen, anstelle der Wohnungen, mit Wärme, die da ist? – Das will ich nur noch mal sagen, damit das nicht so pessimistisch rüberkommt. Es ist eine schwierige Situation, aber wenn wir uns tatsächlich hier der vielen Chancen bewusst sind, und ich glaube, das habe ich bei den Kollegen, ich für mich gesprochen, sehr wohlwollend herausgehört, dann kriegen wir das auch hin. – Schönen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Neldner! – Jetzt haben Sie Herrn Hansel noch mal inspiriert. – Herr Hansel, bitte sehr!

**Frank-Christian Hansel (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender, dass ich noch mal das Wort ergreifen darf! – Sie haben völlig recht. Denn was Sie zur Atomkraft gesagt haben, kann man natürlich so nicht stehenlassen: menschenverachtende Technologie. Deutschland ist das einzige Land auf der Welt mit einem kompletten Atomausstieg. Das wissen Sie. – Zweitens waren die 17 Atomkraftwerke, die vor 2011, vor dem Atomausstieg von Angela Merkel gemacht wurden, die sichersten auf der Welt, und die Fukushima-Toten waren keine Atomtoten, sondern vom Tsunami. Das muss man einfach mal festhalten, dass diese pauschale Geschichte, die Sie hier so machen, nicht richtig ist. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Dann nehmen wir das als Statement von der AfD zu dem Thema. – Ich stelle fest, dass der Senator nach wie vor im Hauptausschuss sitzt, und darf Herrn Staatssekretär Schopf bitten, das Statement des Senats abzugeben und die Fragen, die von verschiedenen Kollegen gekommen sind, entsprechend zu beantworten. – Bitte, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe):** Vielen Dank, Herr Stroedter! – Vielen Dank für Ihre Fragen! Ich fange bei Herrn Dr. King an. Erst mal möchte ich mich bei Ihnen, bei den Abgeordneten, dafür entschuldigen, dass Ihnen das Lagebild nicht, wie eigentlich zugesagt, übersandt wurde. Es wird aber nachgereicht. Ende der Woche haben Sie das Lagebild dann auch in Ihren E-Mail-Fächern.

Zur Frage, Herr Dr. King, Schwedt: Sie wissen, neun von zehn Fahrzeugen in Berlin fahren mit Brennstoff aus Schwedt. Das zeigt auch, wie wichtig der Standort Schwedt für das Land,

für die Stadt Berlin ist. Wir unterstützen als Senat alles, was der Bund und das Land Brandenburg tun, um den Standort dort zu sichern und auch zukunftssicher zu machen. Was wird dort im Einzelnen unternommen? – Sie haben es sicherlich auch gehört bzw. es klang an, dass die Pipeline von Rostock nach Schwedt auf Kosten des Bundes ertüchtigt wird. Darüber hinaus gibt es eine Arbeitsgruppe, eine Taskforce PCK, eingerichtet beim Bundeswirtschaftsministerium. Sie setzt sich zusammen aus den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Vertretern des BMWK. Unter anderem sind auch der Landrat, die Landrätin, Bürgermeisterin der Stadt Schwedt dort ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertreten. Das heißt, das sind die Bundesländer, die im Wesentlichen von den infrastrukturellen Anpassungen zur Versorgung der Raffinerie in Schwedt, aber auch Leuna gehört mit dazu, unmittelbar betroffen sind. Wir gehören als Land Berlin dieser Arbeitsgruppe nicht an. Das soll aber nicht heißen, dass wir nicht mit den Kolleginnen und Kollegen vom brandenburgischen Ministerium im Austausch stehen. Auf der Arbeitsebene findet ein sehr intensiver Austausch statt.

Um die Frage auch von Herrn Trefzer zu beantworten, die ging zwar nicht, Herr Trefzer, an mich, an den Senat, sondern, wenn ich Sie richtig verstanden habe, an Herrn Engelke bezüglich der Kommunikation mit der Mineralölwirtschaft. Herr Engelke, wenn ich Sie richtig verstanden hatte, dann äußerten Sie sich dahin gehend: Na ja, der Bund bzw., ich glaube, auch der Senator würde nicht mit der Mineralölwirtschaft kommunizieren oder nicht direkt mit Ihnen. – Ich weiß nicht, ob ich das jetzt richtig verstanden habe. Ich möchte nur noch mal richtigstellen: Wir kommunizieren mit der Mineralölwirtschaft, und das nicht erst seit gestern oder vorgestern, sondern seit Anbeginn, seit März, April, bis zum heutigen Tage. Am Freitag zum Beispiel habe ich wieder eine Runde mit der Mineralölwirtschaft. Vielleicht haben wir nicht persönlich miteinander gesprochen, Herr Engelke, das mag sicherlich sein und ist auch so, aber ich bin mit den Kollegen vom Tanklagerverband, Herrn Schaper, als auch mit Herrn Vogel von Unitank im Austausch bzw. meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Wie ich schon sagte, am Freitag findet die nächste Runde statt.

Mir ist in Erinnerung, der Senator ist noch im Hauptausschuss, dass es auch am Montag auf Initiative des Senators ein Gespräch zu dem Thema mit Total Energy gab. Jetzt hatte ich noch nicht die Möglichkeit, bitte sehen Sie es mir nach, mich mit dem Senator zu den Gesprächsinhalten bzw. zu den Ergebnissen auszutauschen. Wäre der Senator jetzt hier anwesend, hätte er sicherlich etwas dazu sagen können.

Bezogen auf die Frage von Herrn Wolf: Wie sieht es denn eigentlich aus? Die Senatsverwaltung nennt sich Wirtschaft, Energie und Betriebe. Was ist denn eigentlich mit den Betrieben? Machen die eine Bevorratung? – Ja, selbstverständlich! Wir haben, das wissen Sie auch, das haben wir schon mehrmals hier anklingen lassen, am 10. Oktober einen Krisenstab eingerichtet, angedockt hier bei uns in der Senatsverwaltung. Ich habe da den Hut auf, die Leitung. Es gibt einen erweiterten Krisenstab. Hierunter fallen alle zwölf Bezirke, alle Senatsverwaltungen und die nachgelagerten Bereiche, die nachgelagerten Betriebe sind in der Spur. Alle haben größtenteils auch eigene Arbeitskreise, Taskforces, Krisenstäbe, die genau hinschauen.

Gerade die BVG, selbstverständlich, bevorratet sich. Ich kann Ihnen natürlich jetzt hier und heute nicht sagen, wie viele Liter sie dort in ihren Lagern halten. Das kann man gegebenenfalls gerne nachreichen, aber Sie können sicher sein, dass die Betriebe, für die das Land Berlin verantwortlich ist, dementsprechend Vorsorge treffen wird. Wir sind darüber hinaus auch

mit dem einen oder anderen Herrn hier von den Anzuhörenden im Austausch, sei es 50Hertz, sei es die NBB, sei es die Stromnetz Berlin, sei es Herr Neldner. Wir hatten erst gestern Abend ein Treffen mit Herrn Neldner. Ich habe ihn heute getroffen. Wir haben uns heute ausgetauscht. Es finden regelmäßige Treffen und Austauschrunden mit den Betreibern der kritischen Infrastruktur statt, denn wir haben Interesse als Senat, dass wir alle gemeinsam, natürlich auch mit Ihrer Unterstützung, durch diese Zeit, diesen Winter letztendlich kommen.

Bezogen auf die Liquiditätshilfen, das hatte Herr Stettner angesprochen, Herr Stroedter, Ihre Frage ging in eine ähnliche Richtung: Was ist mit den Menschen oder den Unternehmen, die Öl oder Pellets als Heizmittel nutzen? – Da sagten Sie richtig, Herr Stroedter, dass der Bund hier einen Härtefallfonds in Aussicht gestellt hat. Das ist angedacht, und wir, das hat der Senat auch immer wieder gesagt, immer wieder betont, schauen natürlich genau hin und werden Lücken, die sich auftun, auch schließen. Bezogen auf den Härtefallfonds, für den sollen 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden, und bezogen auf die Frage bezüglich des Öls und der Pellets wird der Bund am 25. November einen konkreten Vorschlag unterbreiten, und dementsprechend werden wir dann das Ganze nochmals unterstützen auch mit finanziellen Mitteln, die sie natürlich als Abgeordnete dann auch bereitstellen werden. Das sollte es so weit gewesen sein. – Danke!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung der Fragen! – Ich sehe jetzt, auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, keine weiteren Fragen im Ausschuss. Das ist erkennbar so. Ich gehe davon aus, dass wir die Besprechungspunkte 3 a und b entsprechend vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Wir bitten jetzt vielleicht auch mal, weil wir in Zeitdruck sind, auch wegen der Stellungnahme an Brandenburg, um eine vorrangige Protokollierung. – Ich höre keinen Widerspruch im Ausschuss. Dann ist das entsprechend so. Dann können wir die Punkte 3 a und 3 b abschließen. Ich bedanke mich bei den Teilnehmern, bei Herrn Engelke, Herrn Friedrichs, Herrn Kapferer und Herrn Neldner, für Ihr Kommen. – Vielen Dank und gute weitere Tätigkeit! – [Allgemeiner Beifall] –

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |    |   |   |
|----|---|---|
| c) | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 19/0163<br><b>Steuern auf Energie senken!</b>   | <a href="#">0053</a><br>WiEnBe<br>Haupt(f)              |
| d) | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 19/0350<br><b>Energiepreispauschale auch für Studenten sowie<br/>Rentner und Ruheständler</b> | <a href="#">0068</a><br>WiEnBe<br>Haupt                 |
| e) | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 19/0351<br><b>Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einführen</b>                          | <a href="#">0069</a><br>WiEnBe<br>IntArbSoz(f)<br>Haupt |

- f) Antrag der AfD-Fraktion [0082](#)  
Drucksache 19/0501  
**Heizung und Beleuchtung im Winter nicht  
unverhältnismäßig einschränken –  
Energiesparverordnung des  
Bundeswirtschaftsministers korrigieren**  
WiEnBe
- g) Antrag der AfD-Fraktion [0083](#)  
Drucksache 19/0550  
**Mit effektiven Maßnahmen Bürger und Betriebe  
schützen: Energiepreisdeckel und  
Energiekostenschutzschirm einführen**  
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.